

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

# MEIN ZUM EURO der Arbeitslosigkeit



## Unser Programm

★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Verkehr, Bildung und Soziales von 300 Milliarden Mark jährlich

Für 300 Milliarden könnten rund 2 Millionen Menschen in Arbeit gebracht werden. Statt für die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen, zählen wir Milliarden zum Finanzieren der Arbeitslosigkeit. Allein die jährlichen Kosten der Arbeits-

★ Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellungen

Arbeitszeit, Überstunden, verlängerte Lebensarbeitszeit für die einen, erzwungenen Nichtstun für die anderen – auch das ein schreiender Widerspruch der Marktwirtschaft. Aufgrund des technischen Fortschritts und bei Verteilung der Arbeit auf alle können wir weniger arbeiten, bei gleichem Lebensstandard. Durch technischen Fortschritt würde und wird die Produktivität gesteigert, mit immer weniger Arbeit können dieselben bzw. sogar mehr Werte

★ Nein zu Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst

Zwischen 1992-96 sind über 500.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden, was zur Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen wie auch der Arbeitsbedingungen führte. Notwendige Arbeits- und Dienstleistungen bleiben lieber geworden, was Arbeitsbe-

★ Überführung des großen Kapitals (Banken, Konzerne, Versicherungen) in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Planung

Beim heutigen Wirtschaftssystem wird eine kleine Schicht reicher, während die Mehrheit sinkende Realöhne und Armut erfährt. Um Arbeit und gesellschaftlichen Reichtum sinnvoll einzusetzen, muß die Macht des Kapitals gebrochen werden. Dann ist eine demokratische

EU-weit sind offiziell 18 Millionen Menschen arbeitslos. Währungsunion und Euro werden nun als Wunderwaffe für ein neues Zeitalter des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Schaffung neuer Jobs gepriesen. Ziel der Euro-Einführung war aber nie, Arbeitsplätze zu schaffen.

Das Ziel war und ist, die europäischen Finanz- und Aktienmärkte zu stärken, sprich die Profite der Banken und Konzerne zu erhöhen. Dadurch würden dann auch neue Arbeitsplätze geschaffen, so wird behauptet. Seit Jahren gehen aber Rekordgewinne der Banken und Konzerne einher mit Rekord bei den Arbeitslosen. Der Euro würde diese Entwicklung nur bestärken. Schon die Vorbereitung auf die europäische Währung hat direkt Arbeitsplätze vernichtet. Um der Maastrichtkriterien willen wurden öffentliche Investitionen und Ausgaben gekürzt. In Deutschland gingen so zwischen 1991 und 1996 mehr als eine halbe Millionen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst verloren. „Werden dem Euro Arbeitsplätze geopfert? Die Frage ist nicht ganz von der Hand zu weisen“, schreibt die Süddeutsche Zeitung in einem Kommentar im Wirtschaftsteil. Der Kommentar bezieht sich darauf, daß das Patentamt im Zuge von Walgeis Sparmaßnahmen im vergangenen Jahr zwei Prozent seiner Stellen abbauen mußte. Neben dem direkten Verlust von Arbeitsplätzen konnten auch Patentmeldungen nicht bearbeitet werden # obwohl es doch immer heißt neue Jobs würden durch Innovation und neue Produkte entstehen.

Schon als 1993 der EG Binnenmarkt eingeleitet wurde, erzählte man uns schöne Arbeitsplatz-Märchen. 11 Millionen neuer Arbeitsplätze europaweit stelle die EU-Kommission im sogenannten Cecchini-Bericht in Aussicht. Tatsächlich wurden seit 1993 in allen EU-Staaten millionenfach Arbeitsplätze vernichtet. Und wenn ein Normalarbeitsplatz verschwindet und zwei 620 DM Kräfte eingestellt werden, dann

wird das als Schaffung von gleich zwei „neuen“ Arbeitsplätzen gepriesen. Tatsächlich brachte der EG-Binnenmarkt die Freizügigkeit für Kapital, grenzübergreifend Firmen aufzukaufen und zu verlagern, Billiglohnarbeiter einzukaufen, soziale Standards abzusenken.

Mit dem Euro würde ein weiterer Schritt in die Richtung getan, Zustände, wie sie jetzt schon z.B. an den Baustellen herrschen, zu verallgemeinern. Der verschärfte Wettbewerb und der zementierte Maastricht-Sparzwang würde zu einem neuen Schub Arbeitsplatzvernichtung führen, ganze Regionen würden vollends absaufen. Die EU-Staaten weigern sich ausdrücklich, zusätzliche Gelder für eine europäische Beschäftigungspolitik bereitzustellen. In Zukunft wird jede Forderung in Deutschland oder den anderen Ländern nach arbeitsplatzschaffenden öffentlichen Investitionen auch mit dem Argument abgelehnt werden, daß Alleingänge eines Landes bei den Staatsausgaben wegen der europäischen Währung nicht möglich wären.

18 Millionen Gründe gegen Euro

18 Millionen Arbeitslose in Westeuropa, das sind 18 Millionen Gründe gegen das Europa der Banken und Konzerne. Die Marktwirtschaft ist nicht in der Lage, die Arbeit auf alle zu verteilen und die Wirtschaft nach gesellschaftlichen Bedürfnissen und ökologischen Erfordernissen auszurichten.

Das große Kapital will den Euro. Das große Kapital bestimmt, wer Arbeit bekommt und wer nicht wie die Gesellschaft funktioniert. Deshalb muß das Großkapital - Banken, Konzerne und Versicherungen - in Gemeineigentum überführt werden und unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung gestellt werden. Das ist die Grundlage für ein sozialistisches Europa ohne Arbeitslosigkeit # und das ist die Alternative zum Europa der Banken und Konzerne. ■

Mein zum EURO der Banken und Konzerne

# Aufbruch in Rheinhausen

## Vor 10 Jahren endete der bisher bedeutendste Arbeitskampf

Das Jahr 1987 begann mit einem Wahlsieg der Kohl-Regierung und endete mit einem Aufbruch im Ruhrgebiet. „In Rheinhausen haben wir kurz vor Weihnachten eine vorrevolutionäre Situation erlebt, wie wir sie nach dem zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik noch nicht hatten.“ (Friedhelm Farthmann, damals SPD-Fraktionschef im Landtag von NRW). Nach 173 Tagen endete der bislang bedeutendste Arbeitskampf in der Geschichte der BRD im Mai 1988.

### Ursel Beck

Die Belegschaft wählte für ihr Protest gegen die Betriebs-schließung und Vernichtung ihrer 6.300 Arbeitsplätze eine „stille Besetzung“. Die Produktion lief weiter, aber unter Kontrolle der Stahlkocher. Mehrmals wurden für Stunden, Tage und eine Woche die Arbeit niedergelegt.

### Arbeiterkontrolle

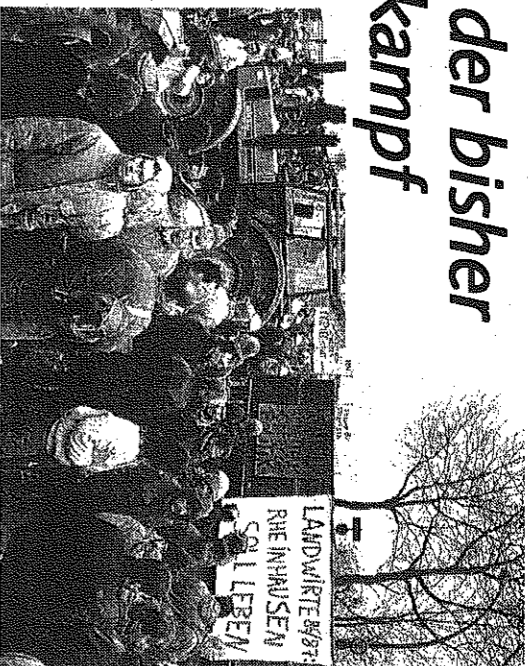
In der „Dokumentation der Krupp-Stahlarbeiter in Rheinhausen“ wird beschrieben: „Wir entscheiden, ob und wann produziert wird, wir steuern die Produktion und teilen Notbesetzungen ein, wir selbst fahren in Eigenverantwortung die Anlage- und viele unserer Vorgesetzten helfen uns dabei.“ Hier betreiben Sie den demokratischen Sektor“ hätte eigentlich an allen Werkstoren während unser stillen Betriebsbesetzung stehen müssen. Denn faktisch war unser Betrieb für alle geöffnet. Damit wurde auch ausgedrückt, was jeder weiß: Krupp ist ein Teil von Rheinhausen, also kann auch jeder diesen Teil betreten. Wir haben nichts zu verschweigen, im Gegenteil: Wir haben viel zu sagen und lassen uns nicht von der Rheinhauser Bevölkerung abtrennen. Unser Druckmittel gegenüber dem Vorstand ist der Streik. Es tut ihnen weh, wenn kein Material geliefert wird. Sie haben ihre Fristen einzuhalten, und so schnell können sie nicht umstrukturieren. Dieses Druckmittel geben wir nicht aus der Hand und wollen es immer wieder einsetzen, bis der Vorstandsschluß vom Tisch ist.“

Ein eigener Fernsehsender, der „offene Kanal“, wurde aufgebaut und über die Großantennenanlage in die Kruppischen Werkwohnungen gesendet. Unter dem Motto „Wir lassen Euch nicht allein, uns Vernetzen nicht“ fand im Februar 1988 im alten Walzwerk von Krupp das „Anti-Ruhr-Stahl-Festival“ statt. Mit 40.000 Teilnehmern war es das bisher größte Hallenfestival in Europa.

Bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1987 brachte eine



Krupp-Chef Gerhard Cromme im Eierhagel



„Nichts geht mehr“ - am Stahlaktionstag werden revierweit Brücken und Straßen besetzt

### Revierweiter Aktionstag

Ein Höhepunkt des Aufbruchs in Rheinhausen war der Stahlaktionstag im Ruhrgebiet am 10.12.1987. Stahlarbeiter verschiedener Werke und Bergleuten und Arbeiter legten den Brückenverkehr lahm. Hafeneinfahrten machten die Hafeneinfahrt dicht, um einen Erztransport für Krupp zu verhindern. Studentinnen sperren eine Hauptverkehrsstraße. Die Hoersch-Kollegen sperrten die B1 und schnitten so Dortmund vom Revier ab. In Bochum schmissen an diesem Tag 15.000 Opel-Kollegen die Brocken hin.

„Sämtliche wichtigen Straßen in Duisburg sind dicht, die Rheinbrücke gesperrt. In den meisten Betrieben ruht die Arbeit, viele Geschäfte haben geschlossen. In Rheinhausen geht gar nichts mehr.“ (Aus o.g. Dokumentation) Im ganzen Ruhrgebiet kommt es zu spontanen Arbeitsmiederlegungen und Protestkundgebungen, an denen sich insgesamt 200.000 Menschen beteiligen. Den Herrschenden jagte dieser Tag Angst und Schrecken ein.

Die Krupp-Stahlwerker schreiben über diesen Tag: „Der 10.12.87 hat eines gezeigt: Wenn wir aufstehen, können wir etwas bewegen; und wir sind mächtig, wenn wir gemeinsam kämpfen.“ Diese Schlussfolgerung zogen auch die aktiven Gewerkschafter, Verbandsleiter und kämpferischen Betriebsräte, die aus allen Ecken und Enden der BRD nach Rheinhausen gefahren sind, um den Kampf zu unterstützen und von diesem Kampf für ihren Betrieb und ihre Region zu lernen. Die bundesweite und auch internationale Solidarität war wiederum ein Faktor dafür, daß die Stahlkumpel so lange durchhielten.

Die Stahlbosse erkannten, wie gefährlich die Lage für sie und das gesamte System wird, wenn sich in den Köpfen der Arbeiter die Erkenntnis der eigenen Macht verfestigt. Sie beeilten sich in dieser brenzlichen Situation, Zugeständnisse zu machen und bekamen dabei taktkräftige Unterstützung von der SPD-Landesregierung und der IG-Metall-Spitze in Frankfurt. Für die Stahlarbeiter wiederum war das neu erlangte Gefühl von Macht Ansporn dafür in der bevorstehenden Stahltarifrunde noch eins draufzusetzen und beide Kämpfe miteinander zu verbinden.

Bei einer Auftaktveranstaltung zur Stahltarifrunde am 14.1.1988 sagte der stellvertre-

tende BR-Vorsitzende von Krupp Rheinhausen, Theo Sieggmann, vor 4.000 Vertrauensleuten: „Nicht umsonst springen jetzt die politischen Helfershelfer des Kapitals - Bangemann und Lambdorff - ihm zur Seite und versuchen zu retten, was zu retten ist. Sie fürchten das Vorgefühl von politischer Macht, das an diesem Tag bei den Kollegen entstanden ist.“ Am Ende seiner Rede fragt Theo Sieggmann „Wer ist für sofortige Urabstimmung?“ - alle heben die Hand.

### Vergesellschaftung

Ein Hoersch-Kollege führt kurz darauf eine weitere Abstimmung durch: „Wer ist für die Vergesellschaftung?“ und wieder gehen alle Hände hoch. Am 20. Januar 1988 treten 50.000 Stahlarbeiter in den



Sturm auf die Konzernzentrale kurz vor einer Aufsichtsratsitzung. „Jetzt übernehmen wir die Aufsicht.“

Warnstreik. Duisburger und Dortmunder Stahlarbeiter taufen die Rheinbrücke in Rheinhausen um in „Brücke der Solidarität“.

Wenn am Ende des Kampfes von Rheinhausen, das Ziel Erhalt aller Arbeitsplätze nicht erreicht werden konnte, dann lag das nicht an den Kollegen und Kollegen von Krupp. Es fehlte auch nicht an der Belegschaft anderer Belegschaften zu Solidaritätsstreiks. Das einzigste was fehlte, war die Belegschaft der IGM- und DGB-Führung die vorhandene Kampfbereitschaft einzusetzen. „Obwohl es hier eine große Bewegung und viel Öffentlichkeit gab, hat uns die IGM den Rücken zugekehrt; sie hat uns nicht unterstützt.“ (Helmut Laakmann, führender Aktivist von Krupp-Rheinhausen)

Die IGM-Führung hatte sich in der sogenannten „Frankfurter Vereinbarung“ im Juni 1987 schon darauf eingelassen, daß trotz 2,5 Millionen Arbeitslo-

## Unser Standpunkt Euro-Manie

Die elf potentiellen Teilnehmerländer am Euro erfüllen angeblich alle „Maastricht-Kriterien“. Bezeichnenderweise ist das Kriterium der staatlichen Gesamtverschuldung (nicht mehr als 60% des jeweiligen Sozialprodukts) völlig in den Hintergrund getreten. Hier zeigt sich aber am deutlichsten, wie wenig „nachhaltig“ der Prozeß ist. Zwischen Abschluß des Maastricht-Vertrags 1992 und 1996 wuchs der Schuldenberg der EU-Staaten im Durchschnitt von 59% auf durchschnittlich 74% an.

„Die monetäre Konvergenz (Gleichentwicklung) kann weder als real gesichert noch als nachhaltig bezeichnet werden.“ erklären die vier Professoren, die Klage beim Verfassungskonferenzen eingereicht haben. Sie weisen zu recht darauf hin, daß ein großer Teil der angeblichen Konvergenz „auf Manipulationen“ beruhe wie Einmal-Aktionen, neue Statistiken, vorgezogene Einnahmen, nach hinten verschobene Ausgaben.

„Wenn alle manipulieren, ist das auch Konvergenz“ titelte kürzlich eine Tageszeitung und meinte das durchaus ernst. Die Sache hat nur einen kleinen Haken: in der Wirklichkeit sind die Schulden damit nicht weg; in der Realwirtschaft gibt es die Konvergenz nicht. Im Gegenteil, es gibt ein großes Gefälle zwischen einzelnen Staaten und den europäischen Regionen, zwischen Portugal und Deutschland, zwischen dem Mezzogiorno (Süditalien) und der Region Paris. Der Kapitalismus beruht auf Konkurrenz und -Profitsstreben und ist nicht in der Lage, die Wirtschaft harmonisch und gleichmäßig zu entwickeln, schon gar nicht zum Wohle aller.

Die unterschiedliche Wirtschaftskraft kann auf nationalstaatlicher Ebene noch, mehr schlecht als recht, aufgefangen werden: durch Abwertungen, Subventionen, imperialistischen Finanzausgleich, usw. Das Produktivitätsgefälle zwischen Staaten und Regionen wird bei einheitlicher Währung und Geldpolitik voll durchschlagen, mit dem Ergebnis, daß es wenige Gewinnerregionen und -konzerne, aber viele Verlierer geben wird. Daraus werden verschärfte soziale und politische Spannungen erwachsen, die sich im Gefolge der bevorstehenden internationalen Rezession noch vertiefen werden. Der Euro ist ein Abenteuer, das der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung Europas teuer zu stehen kommen wird.

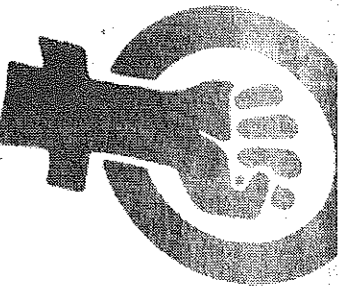
### Geschichte gemacht

Wenn auch der Kampf um Stahlwerk und Arbeitsplätze verloren ging, so war er dennoch nicht umsonst. Ohne Kampf hätten die Stahlkocher von Rheinhausen nicht einen der besten Sozialpläne in der Nachkriegsgeschichte bekommen. Aus Angst vor einer Eskalation des Kampfes machen die Stahlbosse in der Tarifrunde '88 trotz Stahlkrise bereits nach ersten Warnstreiks Zugeständnisse. Die Kumpels im Bergbau und die Kollegen von Opel Bochum wurden durch den Kampf in Rheinhausen bei

den Auseinandersetzungen in ihren Betrieben vorübergehend gestärkt und erhielten ebenfalls Zugeständnisse. Die Stahlarbeiter von Rheinhausen haben mit ihrem Kampf Geschichte gemacht, auf den sich auch spätere Belegschaften bezogen haben, bei Zechenschließung im Aachener Revier bis Bischoffrode. Früher oder später werden die Arbeiter wieder an der Tradition von Rheinhausen anknüpfen. Jeder Gewerkschafter, Vertrauensmann und Betriebsrat ist aufgefordert aus dem Kampf von Rheinhausen Mut und Ansporn zu schöpfen. Gleichzeitig ist es notwendig, daß sich kämpferische Kollegen regional, bundesweit und international zusammenschließen und eine immergewerkschaftliche Opposition aufbauen, um zu verhindern, daß die Gewerkschaftsführung noch mal die Gelegenheit bekommt, Kämpfe wie in Rheinhausen aufzulaufen zu lassen.

hansen überführt wird in den Kampf für Gemeineigentum der Stahlindustrie und Produktion nach den Bedürfnissen von Gesellschaft und Beschäftigten. Die IGM-Führung ignorierte dies, tat nichts, um den Kampf auszuweiten und brachte ihrerseits ihre Variante des „sozialverträglichen“ Arbeitsplatzabbaus ins Spiel. Unter dem Druck des Kampfes waren die Stahlbosse zu einer relativ großzügigen Sozialplanregelung bereit und versprachen außerdem, 1.500 „Ersatzarbeitsplätze“ zu schaffen. Nachdem das Werk geschlossen war, warten die Rheinhauser bis heute vergeblich auf die Einhaltung dieses Versprechens. Die SPD-Landesregierung zählte Krupp hohe Summen für Grundstücke und errichtete den sogenannten „Business-Park“. Die Rheinhauser nennen diesen Park spöttisch „Is-nix-Park“, weil er nur zu 30% ausgelastet ist.

# Schluss mit Gebärkontrollen



## Weg mit § 218 und Zwangsberatung

Bei der Diskussion der letzten Monate um die Empfehlung des Papstes an die deutschen Bischöfe, in den katholischen Schwangerschafts-Beratungsstellen keinen Beratungsstellen mehr auszustellen, geht es nicht allein um die Einschränkung der Beratungsmöglichkeiten für Frauen, die abtreiben wollen. Diese Diskussion wurde und wird von zahlreichen konservativen Politikern und auch Journalisten (meistens natürlich männlichen) erneut dazu genutzt, Abtreibung mit Kindesstiftung gleichzusetzen und die betroffenen Frauen als egoistisch und gewissenlos an den Pranger zu stellen.

**Anfje Zander, Berlin**

Alle Diskussionen von Politikern und Kirchenoberen um den Schutz des Lebens sind pure Heuchelei. Einerseits wollen sie Frauen dazu bewegen bzw. zwingen Kinder zu bekommen, andererseits bestrahlt die Regierung mit ihrer Kürzungspolitik im Sozial- und Bildungsbereich alle Frauen und auch Männer, die Kinder aufziehen wollen. So fehlen bundesweit rund 600.000 Kitaplätze, werden Freizeitmittlungen und Jugendklubs reichweise geschlossen, fehlen bezahlbare größere Wohnungen.

In Ostdeutschland gibt es heute kaum noch Familien, die



Seit es den § 218 gibt, haben Frauen dagegen gekämpft

nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Immer mehr der über 2,1 Millionen Alleinerziehenden (größtenteils Frauen) leben unter der Armutsgrenze.

### Bevölkerungspolitik

Wenn mensch sich die Geschichte der Diskussionen über Abtreibungen anschaut, wird deutlich, daß es entgegen allen Behauptungen niemals um den Schutz von „ungeborenen Leben“ ging, sondern letztendlich immer darum, wer über die Gebärbarkeit von Frauen entscheidet: die Frauen selbst, oder die Herrschenden mit ihren bevölkerungspolitischen Interessen. Es geht um die Kontrolle darüber, welche Gruppen von Menschen überhaupt Kinder in die Welt setzen dürfen und welche nicht.

dam Gesamtdeutschland FRISTENLÖSUNG!!! (Dank an Paul heißt's Mord!)

Seien ein und der selben Medaille. Beides sind Mittel, mit denen über den Körper und die Gebärfähigkeit von Frauen verfügt werden soll.

### Selbstbestimmung

Jeder Frau kann es passieren, daß sie ungewollt schwanger wird. Doch keine Frau entscheidet sich leichtfertig für eine Abtreibung. Die Mehrheit der Frauen, die abtreiben, nämlich 52 %, haben bereits ein oder mehrere Kinder. Die Entscheidung hängt von ihren konkreten Lebensumständen, d.h. ob sie in finanziell sicheren Verhältnisse lebt, eine gut funktionierende Partnerschaft hat, ob sie noch in der Ausbildung steckt, erst zu einem späteren Zeitpunkt Mutter werden will oder generell keine Kinder haben möchte - jede Begründung ist berechtigt und muß vorbehaltlos akzeptiert werden.

**Die Überhöhung des Embryos zur Person hindert Pharmaindustrie, Gen- und Reproduktionstechnologien allerdings nicht daran, Experimente an Embryos durchzuführen.**

Frauen, die abtreiben, wird immer wieder vorgeworfen, daß sie Leben töten. Doch Leben ist nicht nur eine biologische Kategorie - biologisch gesehen sind auch Samen- und Eizellen Leben - sondern Leben wird gesellschaftlich bestimmt. Letztendlich hängt es von der Frau ab, ob sie die Frucht in ihrem Leib als Leben definiert. Nur durch die Frau kann ein Embryo existieren, nur als Teil der Frau ist er lebensfähig, nur durch sie kann er wachsen und Mensch werden.

Die Überhöhung des Embryos zur Person hindert Pharmaindustrie, Gen- und Reproduktionstechnologien allerdings nicht daran, Experimente an Embryos durchzuführen. Genutzt werden dafür beispielsweise überzählige Embryos nach künstlichen Befruchtungen.

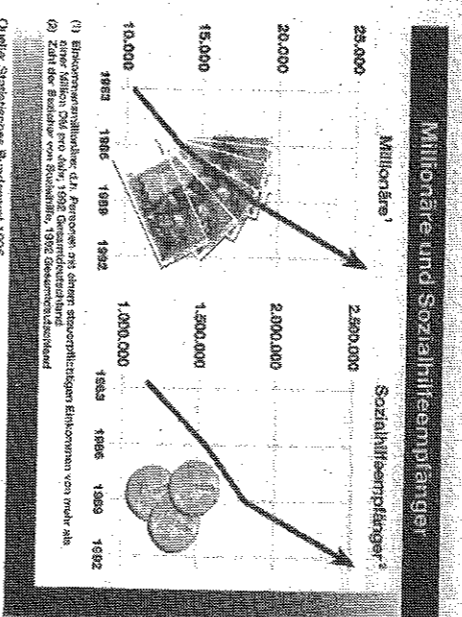
sich sowohl zur Wehr zu setzen als auch Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Nichts anderes gilt für MitarbeiterInnen privater Sicherheitsdienste. Häufig werden auf deren matrialisches Auftreten Konflikte erst hervorgerufen, und diese Eskalation verschafft ihnen dann das Notwehrrecht. Also: Sich nicht provozieren lassen! Überschreitungen dieser eng gesteckten Kompetenzen sollen von Betroffenen angezeigt werden. Informationen und Ansprechpartner: SAFERCITY <http://home.pages.de/~safetycity>.

### Frauen - wehrt Euch!

Seit es den § 218 gibt, haben Frauen dagegen angekämpft. Die Abtreibungsparagrafen 218 und 219 müssen endlich ersatzlos gestrichen werden. Denn wir wollen selbst entscheiden, ob wir abtreiben oder nicht. Der Staat hat bei dieser Entscheidung nichts zu suchen. Wir wollen allerdings auch die Bedingungen dafür, daß Frauen wirklich frei und eigenverantwortlich entscheiden können. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen durch Kinderkrigen nicht benachteiligt werden, in

der Beruf und Kindererziehung vereinbar sind. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer in jeder Hinsicht völlig gleichberechtigt sind. Doch im Rahmen des Kapitalismus erleben wir in den letzten Jahren, daß sich die Situation für Frauen immer weiter verschlechtert, einmal erkrankte Errungenschaften z.B. in Ostdeutschland, immer weiter abgebaut werden. Deshalb ist der Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen verbunden mit dem Kampf gegen dieses System, für eine sozialistische Demokratie. ■

## Ihr da oben ... wir hier unten



## Superreichtum hat Namen Einer davon: Ferdinand Piech

Wegen zwielichtiger Re-Importgeschäfte hat der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG für Schlagzeilen gesorgt. Piech ist ein Beispiel für das Schmarotzertum und die Verkommenheit der selbsternannten Elite der Nation. Von Haus aus steht Piech auf Platz 17 der reichsten Familien in Deutschland. Ihr Vermögen: 5,78 Milliarden Mark. Er presst die Belegschaft von VW bis zum geht nicht mehr aus. Für diesen Job kassiert er im Jahr 1,763 Millionen Mark. Das sind 146,922 Mark im Monat, 563 Mark pro Stunde und 30 mal so viel wie das Durchschnittsgehalt der VW-Beschäftigten.

Aber das reicht einem Manager heutzutage noch nicht. Piech ist Mitbegründer der Porsche-Holding in Salzburg, dem größten österreichischen Handelsunternehmen mit 7 Milliarden Umsatz und 6000 Beschäftigten, das gleichzeitig die Exklusivrechte für den Import aller VW-Produkte hat. Nach Angaben des WDR kontrolliert die Porsche-Holding ein Fünftel der Verkäufe des VW-Konzerns in Europa. In Deutschland sichert sich Piech über Grauhandel einen Extra-Profit. Und dieser Grauhandel ist Folge konzerninterner Preispolitik. Entgegen der Theorie von Angebot und Nachfrage und freiem Wettbewerb bestimmt Vorstandsvorsitzender Piech zusammen mit seinen Kumpanen in der Chefetage wer Neuwagen zu welchem Preis verkaufen darf. Dafür gibt es entsprechende Vertragskäufer, denen Preise und Bedingungen diktiert werden. Und die Konzernetage bestimmt auch, daß in verschiedenen Ländern verschiedene Preise gelten. Der Import von im Ausland billiger verkauften Neuwagen wird den Händlern streng untersagt. Wegen dieser Wettbewerbsverzerrung mußte VW vor kurzem ein Bußgeld von 202 Millionen Mark an die EU-Kasse überweisen. Das ist ein Bruchteil von dem Profit, den sich der VW-Konzern über seine Monopolpolitik sichert. Parallel dazu sichert sich Piech einen ganz persönlichen Extra-Profit, indem er mit seiner Porsche-Holding fleißig daran beteiligt ist, billigere VW-Neuwagen aus dem Ausland zu re-importieren. Die Frankfurter Rundschau zitiert einen Autohändler aus dem Rheinland über diesen Grauhandel mit den Worten: „Das läuft wie bei der Mafia.“



Auch für seinen milliardenschweren Freund Ferdinand Piech hat Schröder ein Wahlgeschenk: Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf maximal 45 Prozent.



Demonstration gegen die kirchliche Heuchelei über den Schutz des "ungeborenen Lebens".

# Unsicherheits-Dienste

Seit einigen Jahren werden auch Innenstädte von privaten Sicherheitsdiensten verstärkt bestrift. Menschen, die mit Hausverboten oder anderen Maßnahmen konfrontiert werden, sind sich kaum oder gar nicht über ihre Rechte im Klaren. Private Sicherheitsdienste haben keine polizeilichen Befugnisse und dürfen im öffentlichen Raum nicht mehr Rechte wahrnehmen als jede/andere Bürgerin auch.

**Thomas Brunst, Kassel, AG kritische PolizistInnen**

Ihre rechtlich abgesicherten

Handlungsmöglichkeiten beschränken sich auf:

\*Das übertragene Hausrecht

Auf privatem Grund (Warenhäuser/Firmengelände) können sie das Hausrecht der Geschäftsführung wahrnehmen und z.B. unerwünschte Personen des Hauses bzw. Grundstückes verweisen. Das Hausrecht endet in der Regel an der Türschwelle. In einigen Fällen erstreckt es sich zusätzlich auf überdachte Bereiche der Außenterrasse.

\*Die Festnahme durch Jedermann (127 Abs.1 Strafprozeßordnung)

Jede/r, die/der eine Straftat

beobachtet, hat das Recht zur vorläufigen Festnahme, d.h. die Person(en) bis zum Eintreffen der Polizei festzuhalten. Sie/Er darf aber weder Personalien aufnehmen, verhören, durchsuchen noch (z.B. mit Handschellen) festnehmen. Besonders MitarbeiterInnen privater Sicherheitsdienste machen sich die Unwissenheit betroffener BürgerInnen zu nutze und überschreiten oft oben erwähnte Kompetenzen.

\*Widerstandsrecht im Sinne des Notwehrrechtes gegen körperliche Gewalt

Gegen Angriffe körperlicher Gewalt hat jede/r das Recht,

# Von Arbeiterräten zum Co-Management

## Betriebsratswahlen 1998:

### Für kämpferische Betriebsräte

Wenn es nach den Unternehmern ginge, gäbe es keine Betriebsräte. Die Arbeiter haben sich in der Revolution 1918/19 erkämpft. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren, damals Organe der Arbeiterklasse im Kampf gegen Krieg und Kapitalherrschaft. Sie waren nicht auf die Betriebe beschränkt, sondern bildeten örtliche und regionale politische Machtorgane für die sozialistische Revolution.

#### Ursel Beck,

#### IG Metall Mitglied

Die Räte hatten vorübergehend in weiten Teilen Deutschlands die ökonomische und politische Kontrolle. Hätten sie sich national koordiniert, die Unternehmer enteignet und die Reste des alten kapitalistischen Staatsapparats vollends entmachtet, hätte auf der Grundlage einer Räte Demokratie eine sozialistische Gesellschaft errichtet werden können. Der Welt wäre der zweite Weltkrieg und das ganze Elend weiterer kapitalistischer Herrschaft erspart geblieben. Weil die Arbeiter- und Soldatenräte die Revolution nicht vollendeten, sammelten die Bürgerlichen mittels der SPD-geführten Regierung ihre letzten bewaffneten Einheiten für einen militärischen Schlag gegen die Räte.

#### Beschränkte Rechte

Nach der militärischen Nieder-

## Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ötv



Beschäftigte der Städtischen Kliniken Kassel

Die Tarifpolitik 1998 zeigt erneut, daß die derzeitige Führung der Gewerkschaften nicht die Interessen der Mitgliedschaft vertritt. Es geht darum, eine inhaltliche und personelle Alternative aufzubauen. In der ÖTV ist dafür ein Anfang gemacht. Seit Sommer 96 gibt es das „Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ÖTV“. Hier haben sich kämpferische Kolleginnen, Vertrauensleute, Personal- und Betriebsräte der ÖTV zusammengeschlossen für den Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition. Die Kolleginnen hatten sich auch von Anfang an aktiv in die Tarifrunde eingeschaltet. Der Posten von Mai und Co. zu Arbeitszeitkonten, Flexibilisierung und Altersteilzeit wurde die Forderung nach 32-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein Rentenalter von 58 Jahren bei vollen Rentenbezügen gegenübergestellt. Die Netzwerk-Kolleginnen hatten die Lohnforderung der Tarifkommission nach Inflationsausgleich, sprich 1,6 Prozent für völlig unzureichend und fordern 400 Mark Festgeld für jeden. Das Netzwerk war gegen das Schlichtungsverfahren und forderte die Ablehnung des Schlichterspruchs durch die ÖTV.

Weitere Infos über das Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ÖTV: Angelika Tewewelt, Weiße Breiße 50, 34130 Kassel, Tel. (0561) 69646

derschlagung wurden die Räte mit dem ersten Betriebsratgesetz von 1920 endgültig auf die Betriebe beschränkt. Gleichzeitig wurden ihnen per Gesetz die wichtigsten erkämpften Rechte genommen und ihnen verboten, auf die Veränderung der ökonomischen

die die alten Nazis aus den Chefetagen vertrieben, die Produktion unter ihrer Kontrolle wieder in Gang brachten und die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Heizmaterial und Bekleidung für die Belegschaften organisierten.



Steffi Nitschke, Mitarbeiterin Betriebsrat Städt. Kliniken Kassel, 3300 Beschäftigte, ötv- und SAV-Mitglied

Machtverhältnisse hinzuarbeiten. Sie wurden gesetzlich zur Wahrung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer verpflichtet.

Die Nazis schafften 1934 das Betriebsratgesetz vollends ab und verboten die Betriebsräte. Sofort nach dem zweiten Weltkrieg wurden im Sommer 1945 wieder Betriebsräte gewählt.

Die Gewerkschaftsführung hat zur Zeit die Taktik, den Angriffen aus dem Weg zu gehen und alles auf die Betriebe „runterzubrechen“. Doch der betriebliche Spielraum wird immer enger, und gerade jetzt müßte den Arbeitgebern die gesamte Kampfkraft entgegen gesetzt werden. Für mich ist es deshalb wichtig, als Betriebsrätin im Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV organisiert zu sein.“

Die Betriebsräte waren es auch, die auf örtlicher Ebene die Gewerkschaften neu aufbauten. Sie wollten die Sozialisierung der Betriebe und nicht nur soziale, sondern auch wirtschaftliche Kontrolle in den Betrieben. Weder die KPD noch SPD- und Gewerkschaftsführung setzten diese erklärten Ziele um. Sie ließen zu, daß die Krupps und Flicks, die Hitler an die Macht gebracht hatten, ihre Betriebe behielten. Das schaffte die Voraussetzung für die ökonomische und politische Stärkung der Unternehmer und in der Folge davon den Wahlsieg von Adenauer.

Unter Adenauer nutzte die CDU die Chance, die Betriebsräte durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 erneut in Schranken zu weisen. Dagegen kam es im Frühjahr 1952 zu Massenstreiks, an denen sich Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten. Wegen der Verletzungsstatistik und Kampfpromibereichs gelang der Gewerkschaftsführung gelang es nicht, das Betriebsverfassungsgesetz (BVG) zu verhindern. Seither wurde das BVG mehrmals geändert, und abger 1972 immer zum Nachteil der Belegschaften. Selbst um die Einhaltung der beschiedenen Rechte des BVG müssen Betriebsräte

„Die Überführung von Schlüsselindustrien und anderen marktherrschenden Unternehmen in Gemeingut steht in der Satzung der IG Metall. Dieses Ziel muß Grundgesamtheitlich in Kampfes werden. Wir müssen Schluß machen mit der Politik des Co-Managements und die Machfrage aufwerfen.“

#### Co-Management

In vielen Betrieben sind die Betriebsräte Co-Manager auf Seiten der Unternehmen. Vor allem in Großbetrieben haben die Unternehmer ihre Betriebsräte durch allerlei Privilegien gekauft. Und ganze Generationen von Betriebsräten haben sich kaufen lassen. Für diese Betriebsratstufisten ist ihr Posten oft ein Sprungbrett in die Vorstandsetage eines kapitalistischen Betriebs, in die Gewerkschaft oder einen SPD-Parlamentssitz. Solche Karriereblocken jede gewerkschaftliche Opposition ab und tun alles bis hin zu Wahlfälschung, um die Wahl von kämpferische Kolleginnen in den Betriebsrat zu verhindern.

Unter dem Druck immer härterer Angriffe oder durch Arbeitskämpfe entstehen in den Betrieben immer wieder neue Schichten von kämpferischen Kollegen, die in Konfrontation zu den alleingewessenen Betriebsräten geraten. Ihnen bleibt oft nichts anderes übrig, als durch die Aufstellung einer oppositionellen Liste den Beweis für ihre Unterstützung im Betrieb anzutreten.

#### Kämpferische, demokratische Gewerkschaften

Ein großes Problem für etliche Betriebsräte besteht heute darin, daß in der alltäglichen

„Betriebsräte dürfen keine Moderatoren oder Schiedsrichter zwischen den Arbeitnehmern und den Unternehmensleitungen sein, sondern müssen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen so gut wie möglich durchzusetzen versuchen. Der Aufbau von starken gewerkschaftlichen Basisorganisationen (Vertrauenskörpern), die sowohl gegenüber der Unternehmensleitung als auch innerhalb der Gewerkschaft Druck machen, ist dabei wesentlich.“

Alle Funktionsbezeichnungen auf dieser Seite dienen zur Kenntlichmachung der Personen



Torsten Sting, frisch gewählter Betriebsrat, Walzengießerei Roland in Siegen, 90 Beschäftigte, IG Metall- und SAV-Mitglied.

nervenaufreibenden Auseinandersetzung mit der Geschäftsleitung die kämpferische Unterstützung durch die Gewerkschaft oft ausbleibt. Die Gewerkschaftsführung fällt mit ihrer Politik der Anpassung an die Ideologie und die Interessen der Unternehmer kämpferischen Betriebsräten nicht selten

in den Rücken, z.B. durch Zulassung von Öffnungsklauseln und Unterlaufen von Tarifverträgen.

Der Anpassungskurs und die völlige Abgelobenheit der Gewerkschaftsführung haben auch dazu geführt, daß die Begeisterung für Gewerkschaftsarbeit verschwunden ist und die Zahl von Vertrauensleuten und Betriebsgruppen enorm zurückgegangen ist. Ein Betriebsrat ohne Vertrauenskörper ist ein Schrift ohne Segel“. Diese Warnung sprach ein Betriebsrat auf einer IGM- Funktionskreisrenzung aus.

Auf betrieblicher Ebene allein kann kein Betriebsrat und kein Gewerkschaftsaktivist diesen Prozeß stoppen. Dringender denn je müssen sich kämpferische Betriebsräte und Gewerkschafter zusammenschließen und eine innergewerkschaftliche Opposition aufbauen für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.

Und dringender denn je brauchen konsequente Betriebsräte den politischen Rückhalt einer neuen Arbeiterpartei. ■

„Selbst das Bundesarbeitsgericht geht in einem Urteil von einem Interessengegensatz zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aus. Der Betriebsrat hat die Interessen der von ihm repräsentierten Belegschaft wahrzunehmen. Mein Kommentar dazu: ohne eine starke Gewerkschaft im Rücken, die auch bereit ist zu kämpfen, stehen Betriebs- und Personalräte in dieser Auseinandersetzung auf verlorenem Posten.“



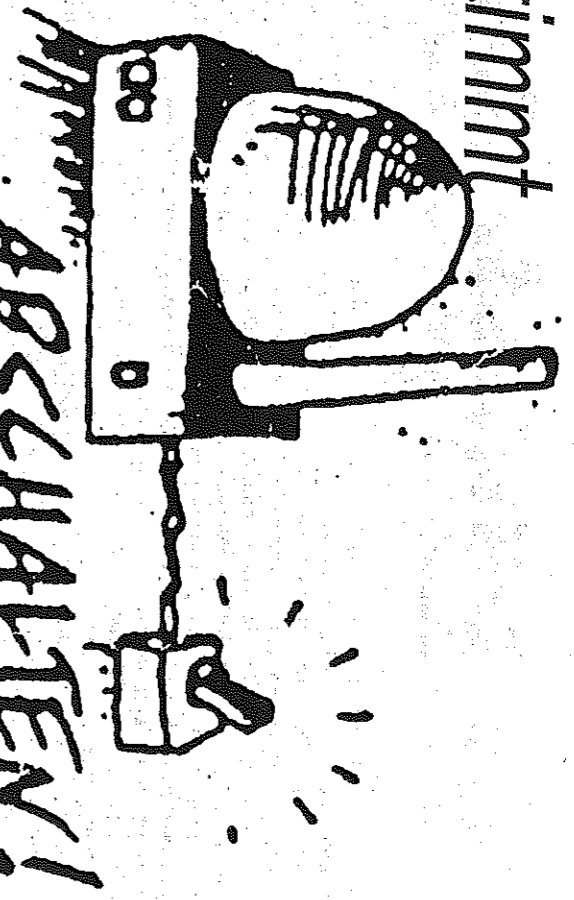
Dieter Janßen, stellvertret. Personalratsvorsitzender Bürgerhospital Stuttgart, 1300 Beschäftigte, ötv- und SAV-Mitglied

## Unser Programm

- \* Schluß mit der Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften mit Unternehmen und Regierung
- \* Schluß mit der Spaltungspolitik Konzern-, Branchen-, regional, national und international gemeinsamer und konsequenter gewerkschaftlicher Kampf
- \* konsequenter Kampf um Arbeitsplätze, 30-Stunden-Woche bei vollen Lohn- und Personalausgleich, Reallohnerhöhungen und andere Forderungen
- \* Keine Unterschrift unter eine Betriebsvereinbarung und Tarifverträge ohne Zustimmung der Betroffenen
- \* Volle Rechenschaftspflicht von Betriebsräten und Funktionären gegenüber Belegschaft und Mitgliedschaft
- \* Wählbarkeit und Abwählbarkeit aller Funktionäre
- \* Kein Gewerkschaftsfunktionär darf mehr verdienen als das Durchschnittsgehalt aller in der Gewerkschaft Organisierten
- \* Offenlegung und Abführung aller Zusatzentkommen aus Betriebsrätsängigkeit, Aufsichtsrats- und politischen Ämtern
- \* Kein Abbau von Personal in den gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen und Spanmaßnahmen in Bereichen, die die Kampfkraft oder die gewerkschaftliche Unterstützung und Ausbildung von Betriebsräten und Mitgliedern schwächen. Stattdessen Mitgliedererwerbung durch offensiven gewerkschaftlichen Kampf und Einsparungen bei den Gehältern der Spitzenfunktionäre und bei den Vorstandszentralen
- \* Für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die jedem einen Arbeitsplatz und eine gesicherte Existenz garantiert und Schluß macht mit der Diktatur des Marktes und dem Profitsystem
- \* Für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei.

# Stopp die Atommafia!

## Der nächste Castor kommt bestimmt



Die Bonner CDU/CSU/FDP

Koalition bleibt treuer Partner der Atomlobby. Gefahren für die Bevölkerung sind unwichtig, solange die Profite der Atomkraftwerksbetreiber stimmen. Die gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzten Castor-Transporte sind nur durch massive Polizeieinsätze machbar. Jeder dieser Einsätze birgt unkalkulierbare Strahlungsrisiken und bedeutet eine Verschwendung von Steuergeldern in Millionenhöhe.

**Kristian Lehle, Köln**

Eine sichere Endlagerung für Atom Müll ist nicht vorhanden. Der Betrieb der 19 in Deutschland betriebenen Atomkraftwerke (AKW) wird hoch subventioniert. Die Kosten für Endlagerung, Bewachung, Abfall und Umweltradiation dürfen die Steuerzahler tragen. Kaschiert werden soll dieses Debakel durch das Märchen, daß nur Atomstrom vor Erderschütterungen und Umwelverschmutzung schützen kann. In Wahrheit bestehen heute so große Kraftwerk-Leistungsserven, daß man problemlos alle AKW's abschalten könnte. Die Umwelt würde, durch moderne Filteranlagen in allen Kohlekraftwerken und Ausbau alternativer Konzepte zur Energiegewinnung, von einer strahlenden Atomkraft mit Sicherheit wesentlich entlastet.

**Rotgrüne Politik**

Gefährlich ist die Atomenergie nicht nur bei Störfällen, die so regelmäßig erfolgen wie die Beteiligungen ihrer Betreiber, wie sicher doch ihre AKW's seien. Selbst im normalen Betrieb wird Strahlung abgeben. Die Gesundheitsgefährdung von AKW-Anwohnern wird nur von der Atomlobby bestritten. Die rotgrüne Landesregierung in NRW ist nichts anderes als ein Erfüllungsgescheiß. Bonner Atompolitik: Aktive Unterstützung liefern Innenminister Kaiola (SPD) und auch Einsatzleiter Wimber (B90/Grüne). Mehr als verbalen oder symbolischen Widerstand leisten weder SPD noch Grüne. Beide Parteien haben sich den "Sachzwingen" der Atomlobby gebeugt. Damit haben sie sich von einem schnellen Ausstieg verabschiedet. Die Atompolitik von Rot/Grün muß sich an ihren Taten und nicht an ihren Versprechungen messen lassen. Dort wo engagierte Gegenwehr gegeben wäre, zeigt sich die NRW-Landesregierung, jedoch nur als Hilfsstuppe der Atomlobby.

Aktiv gegen die Castortransporte ist allein die Bevölkerung. Denn allen Lügen und Beteuerungen der Atom-Mafia zum Trotz will die Mehrheit der Menschen in Deutschland nicht weiter als atomares Versuchs-kaninchen herhalten. Der zähe Widerstand der Bevölkerung ob im Wendland oder in Ahaus

**Sofortiger Ausstieg**

Die Be- und Verhinderung der Castortransporte kann jedoch nicht mehr als ein Signal bleiben. Die einzige Lösung des Atomdilemmas kann nur der sofortige Ausstieg sein. Dafür ist eine veränderte Energie- und Wirtschaftspolitik gegen den Willen der Konzerne notwendig. Nur eine Überführung der gesamten Energiewirtschaft in Gemeineigentum und demokratische Kontrolle kann für eine Politik zum Wohl von Mensch und Umwelt führen. Um das zu erreichen, ist jedoch noch breiter Widerstand notwendig. Wir fordern vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften, daß sie die Protestbewegung unterstützen.

Beim Ausstieg aus der Atomkraft darf jedoch kein Arbeitsplatz verloren gehen. Alle Kolonnen haben ein Recht auf einen sicheren Job, z.B. in der umweltfreundlichen Energiegewinnung.

Über Weihnachten und mit Beginn der Semesterferien war diese Bewegung nicht mehr aufrechtzuerhalten. Aber vielen Studierenden, die in dieser Bewegung zum Teil erstmals politisch aktiv geworden sind, ist klar geworden, daß einige Wochen Streik nicht ausreichen, um unsere gesellschafts- und hochschulpolitischen Forderungen durchzusetzen. Deshalb ist unter Aktivisten an der Hochschule viel die Rede davon, daß es notwendig ist tiefgreifend inhaltlich zu arbeiten. Aber was heißt das? Es bedeutet in erster Linie, die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge, in denen die Angriffe auf das Bildungswesen stattfinden, zu erkennen und zu erklären.

Alle Teile der Gesellschaft, ob ArbeitnehmerInnen, SchülerInnen, Arbeitslose oder Rentner, sind ähnlichen Angriffen ausgesetzt wie wir Studierende. Überall versuchen die Politiker und ihre Unternehmensfreunde

## Sozialismus an die uni

In letzten Semester haben an Hochschulen in ganz Deutschland die größten Proteste seit mehr als zwei Jahrzehnten stattgefunden. Hunderttausende Studierenden haben sich zum Teil über mehrere Wochen an dem Streik beteiligt und sind auf die Straße gegangen. Dadurch haben wir die schlechte Studiensituation an vielen Hochschulen, unseren Widerstand gegen Rüttgers Hochschulrahmengesetz und unsere Forderungen bezüglich einer Demokratisierung der Hochschulen in die Öffentlichkeit getragen.

**Daniel Behnzi, RWTH Aachen**

Zum ersten Mal seit Jahren wurden diese Themen in den Medien und in breiten Teilen der Gesellschaft diskutiert. Über 80% der Bevölkerung haben Umfrage zufolge unsere Forderungen unterstützt.

die uneingeschränkte Herrschaft des Profits durchsetzen. Elitebildung in Schulen und Hochschulen, Kitzungen bei Arbeitslosen und Senkung der Unternehmenssteuer, Massenentlassungen und Re-korporate - alles das ist Teil einer großangelegten Offensive der Kapitalbesitzer und ihrer Regierung. Sie stellen ihr Profitinteresse über unser Recht auf Bildung, Ausbildung, Arbeit und eine lebenswerte Zukunft. Deshalb ist es an der Zeit, daß wir vom konkreten Widerstand gegen die einzelnen Angriffe selbst zur Offensive für eine Gesellschaft übergehen, die nicht nach Profitinteressen, sondern im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung organisiert ist. Studierende können eine große Rolle dabei spielen, die Idee einer solchen sozialistischen Gesellschaftsordnung wieder zu verbreiten.

BILDUNG für ALLE  
SONST GIBTS KEINEN



Die Massenproteste der Studierenden werfen die Systemfrage auf

## ABB Berlin-Pankow Azubis kämpfen um 200 Lehrstellen

Bis Ende des Jahres will die Konzernleitung von ABB das Werk in Berlin-Pankow schließen. Dort arbeiten heute noch 415 Beschäftigte. 200 Azubis machen dort ihre Ausbildung (YOKAN berichtete in der letzten Ausgabe darüber). Aron Amin befragte Reik Schuster, Auszubildender bei ABB-Kraftwerke GmbH in Pankow.

Wenn ABB-Kraftwerke GmbH in Pankow geschlossen werden sollte, welche Folgen würde das für euch Auszubildende haben?

Kurzfristig hätte das für uns keine Konsequenzen, da die Lehrwerkstätten bleiben sollen und wir die Ausbildung zu Ende bringen können. Allerdings werden wir nicht mehr an den großen Maschinen auf dem ABB-Werks Gelände lernen können. Für mich persönlich wäre das Aus von ABB eine Katastrophe, da die Ausbildung nehmen Leben einen neuen Sinn gegeben hätte. Aufgrund der drohenden Schließung ist unsere Ausbildung heute schon stark beeinträchtigt.

Am Samstag dem 7. März fand ein Aktionstag für den Erhalt des Werkes in Pankow statt. Was tat sich an diesem Tag?

An diesem Tag wurde bei uns ein Fußballturnier und eine Kundgebung durchgeführt. Der Aktionstag hatte das Ziel, deutlich zu machen, daß sich die Belegschaften der verschiedenen ABB-Standorte in der BRD nicht untereinander spalten lassen dürfen. Was ich nicht verstehe, warum nur knapp 1000 Teilnehmern gekommen waren.

Welche weiteren Kampfschritte sind von Betriebsrat und von der Belegschaft geplant?

Aus nächstes steht eine Fahrt zu einer Kundgebung nach Mannheim an. Ansonsten ist noch alles offen. Der Betriebsrat will den nächsten Verhandlungstagstermin abwarten.

Auf einer Betriebsversammlung im Februar war davon die Rede, daß in der Belegschaft bereits über Betriebsbeset-

zung diskutiert wird. Kannst du etwas darüber sagen?

Ich habe nur einmal mitbekommen, daß darüber gesprochen wurde. Das war in einem Gespräch vom Betriebsrat mit den Azubis.

Welche Unterstützung erhältet ihr bislang von der IG Metall? Was hälst du von der Forderung nach einem „berlinweiten Streiktag für den Erhalt aller Metallbetriebe, organisiert von der IG Metall-Führung“, (die SAV hatte am Aktionstag dafür Unterschriften gesammelt)? Ich finde diese Forderung sehr gut. Die Resonanz war auch nicht schlecht. Beim Aktionstag wurden 47 Unterschriften dafür gesammelt. Es ist ganz klar, daß man die Gegenwehr vernetzen sollte. Schließlich sollen in Berlin auch bei SEI-Alcatel 500 Arbeitsplätze wegfallen, beim Autzugsterteller Schindler 200, der Handy-Produzent



Reik Schuster bei einer ABB-Protestveranstaltung: "Wir brauchen einen berlinweiten Streiktag aller Metallbetriebe."

Hagenauk will sein Werk dichtmachen. An Unterstützung seitens der IG Metall habe ich noch nicht viel gemerkt. Dabei haben wir unter den Azubis einen Organisationsgrad von über 90 Prozent.

Welche Alternative siehst du zu Betriebschließungen und Massenarbeitslosigkeit der BRD-Marktwirtschaft? Ich habe mit schon früher Gedanken über dieses System gemacht. Wegen dem was bei ABB passiert, sind diese Fragen für mich noch dringlicher und wichtiger geworden.

Für mich kann die Alternative nur sozialistisch sein. Aber ich finde, daß aus den Fehlern die früher im Ostblock gemacht wurden, gelernt werden muß.

# Frankreich 1968: Kapitalismus am Abgrund

Damals hielt die ungeheure Kampfbereitschaft der französischen Arbeiter die Welt in Atem. Auf dem Höhepunkt der Bewegung hielten 11 Millionen Arbeiter und Angestellte (bei einer Gesamtzahl von 15 Millionen, von denen nur 2,3 Millionen gewerkschaftlich organisiert waren) ihre Betriebe besetzt.

Nicht nur fast alle Industriebetriebe, auch Theater, Bauernhöfe, Banken, Bahnhöfe, Schulen, Universitäten, Hotels, Kaufhäuser, Regierungsdienststellen und Schiffe waren weitgehend lahmgelegt oder übernommen worden. Arbeiter-, Bauern- und Studentenkomitees waren überall wie Pilze aus dem Boden geschossen. Fernseh- und Rundfunksender befanden sich unter Kontrolle der dort Beschäftigten.

Armee, Marine und Polizei waren angesteckt und wurden als total „unzuverlässig“ bezeichnet. Die staatlichen Machtorgane des Kapitals waren lahmgelegt, das Staatsoberhaupt de Gaulle war unauffindbar verschwunden.

Wie schon im Jahre 1936 - während der riesigen Welle von

nichtere mitten im Generalstreik die englische Zeitung „The Observer“.

Am 1. Mai demonstrierten Hunderttausende unter der Parole „10 Jahre sind genug!“ - unter Anspielung auf den 10. Jahrestag der Machterobernahme de Gaulles. Vor dieser Kulisse der allgemeinen Unzufriedenheit veranstalteten die Studenten am folgenden Tag Demonstrationen für die Aufhebung der Geschlechtertrennung in Wohnheimen und mehr.

Diese Demonstrationen wurden von der Polizei mit brutaler Gewalt zerschlagen. Am 3. Mai wurden die Universitäten geschlossen. Als Reaktionen darauf gingen die Studenten in den folgenden Tagen zu Tausenden auf die Straßen. Die ersten Straßenschlachten fanden statt. Die Parolen wurden schnell allgemeiner und politischer.

## Arbeiter und Studenten

Die Studentenkämpfe legten nur den Funken an den Zunder. Ihre Proteste fanden ein unmittelbares Echo bei der Arbeiterklasse. Von den ersten Tagen der Barrikaden- und Straßen-

kämpfe an genossen die Studenten die Unterstützung von mehr als 80 Prozent der Pariser Bevölkerung. Als am 6. Mai eine friedliche Demonstration von den CRS-Spezialeinheiten der Polizei hinterhältig angegriffen wurde, öffnete die Bevölkerung von Paris die Haustüren, um die Flüchtenden vor CRS-Gewehrkothen und Polizei-Gummiknütteln in Schutz zu nehmen. Um die Wirkungen des massiv eingesetzten Tränengases zu lindern, wurde einmündiges Wasser aus den Fenstern auf die Straßen gegossen.

Die Brutalität der CRS erregte die Empörung der Arbeiter, insbesondere nachdem die Belegschaft der ORTF (Radio und Fernsehanstalt) darauf bestanden hatte, daß darüber ein Film im Fernsehen gezeigt wurde. Besonders jüngere Arbeiter erblickten in den Studentenkämpfen eine Alternative und schöpften Mut aus der Tatsache, daß diese offensichtlich Risse in der gaulistischen Einheitlichkeit zeigten. Bald traten sie selbst in den Streik - bei Süd Aviation (Flugzeugfabrik) gegen Entlassungen, bei der Post für höhere Löhne.

Der Druck auf die Massendemonstrationen der Arbeiterklasse wuchs. So riefen schließlich die Führungen von CFDT (ehemaliger katholischer Gewerkschaftsbund) und CGT (großer Gewerkschaftsbund mit kommunistischer Mehrheit) für Montag, den 13. Mai einen 24stündigen Generalstreik aus. Er war als Druckmittel gegen die Regierung gedacht und gleichzeitig als Sicherheitsventil, um den in den Tiefen der Arbeiterklasse angesauten Druck, gefahrlos abzulassen. Es gelang aber nicht, die Bewegung durch diese begrenzte Aktion zu dämpfen. Im Gegenteil: Die massiven Arbeitsniederlegungen - 11 Millionen allein in Paris - ermutigten die Arbeiter

nur noch mehr.

Am nächsten Tag kehrten die Arbeiter von Süd Aviation nur in ihre Fabrik bei Nantes zurück, um sie zu übernehmen, den Direktor einzusperrten und an alle Arbeiter zu appellieren, sie zu unterstützen und ihrem Beispiel zu folgen!

## Besetzungen und Räte

In den folgenden Tagen verbreitete sich diese Welle von Besetzungen ohne jegliche Unterstützung durch die Gewerkschaften oder die Kommunistische Partei wie ein Lauffeuer und gipfelte in der totalen Lahmlegung der Wirtschaft am Ende der 3. Woche. Gegen den ausdrücklichen Willen der Führung der Kommunistischen Partei (damals einzige Massenpartei der Arbeiterklasse) wurden gleichzeitig an allen Ebenen Aktionskomitees gebildet, Arbeiterkomitees in den Fabriken, Komitees von Ärzten, Krankenschwestern und Patienten in Krankenhäusern, von Bauern in Lagenhäusern und auf den Höfen, von Studenten und Schülern in Universitäten und Schulen.

Ein Arbeiter-, Studenten- und Bauernrat regierte buchstäblich ganz Loire-Atlantique um die Stadt Nantes. Er kontrollierte den Verkehr, die Versorgung mit Wasser, Elektrizität, Gas und Lebensmittel. Landarbeitergewerkschaften erklärten sich bereit, die Streikenden zu ernähren, Arbeiter und Studenten halfen bei der Nahrungsmittelproduktion, die Preise wurden drastisch gesenkt.

Jeder Winkel der französischen Gesellschaft wurde von dem Aufbruch erreicht und angesteckt: Die juristische Fakultät „lehnte die Gesellschaft ab“, sogar die Totengräber und Meteorologen streikten. Die Polizeigewerkschaft sprach von einer „äußerst gefährlichen Situation“, weil viele ihrer Mitglieder mit den Forderungen der Arbeiter sympathisiereten und selbst mit Streikaktionen drohten. Fußballspieler besetzten Städten und Richter organisierten sich gewerkschaftlich.

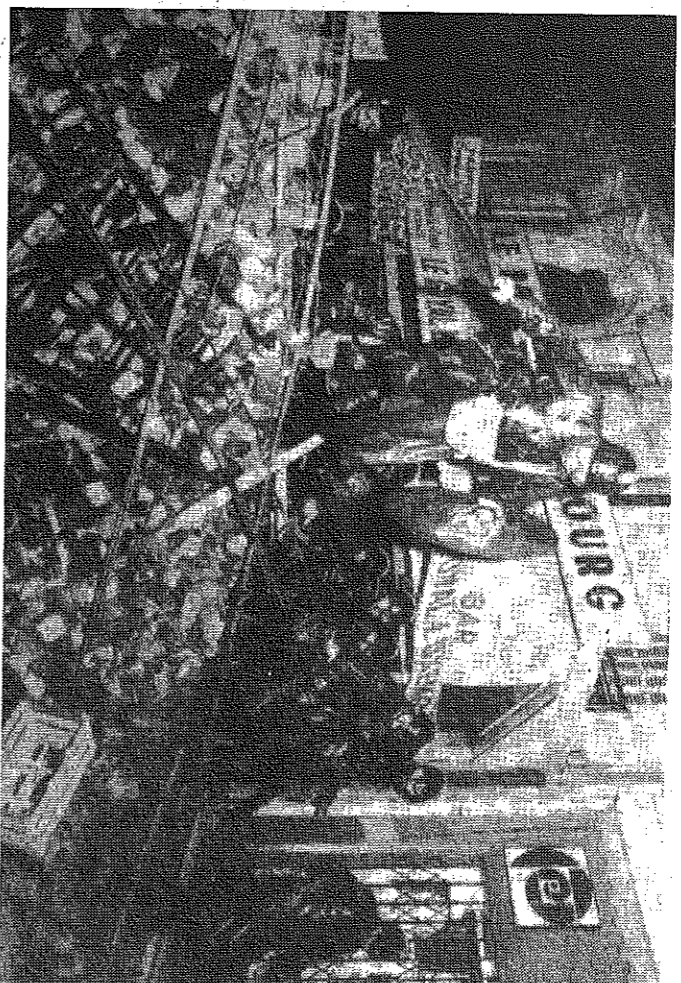
## Staat machtlos

Der Staatsapparat hing in der Luft und befand sich in Auflösung. Regierungsbeamte diskutierten alten Ernstes, wie und in welcher Form sie die Macht übergeben sollten!

De Gaulle, die Verkörperung des „starken Staates“, packte seine Koffer und teilte dem anwesenden US-Botschafter mit: „Das Spiel ist aus!“ Er floh aus Paris und wurde von Radioreportern als „vernünftig“ gemeldet. Die Macht lag für die Arbeiterklasse in Reichweite. Was jetzt noch fehlte, war eine Verbindung der Komitees auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene und die Bildung einer von diesen Komitees getragenen Arbeiterregierung.

Ein solches oberstes nationales Arbeiterkomitee wäre von Anfang an eine demokratische Volksvertretung gewesen. Man hätte durch demokratische Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionen und Bezahlung durchschnittlicher Facharbeitleröhne an alle Funktionäre und Komiteemitglieder, dieses Komitee einer absoluten Kon-

Frankreich hat eine lange Tradition von Kämpfen und revolutionären Aufständen. Auch heute stehen die französischen Arbeiter an der Spitze der Bewegung in Europa. Die generalstreikähnliche Situation im November/Dezember 1995 wurde von Arbeitnehmern in ganz Europa verfolgt und als Ermütigung begriffen. Die Bewegung der „sans papiers“ war die erste selbstorganisierte Bewegung von „illegalen“, ausländischen Arbeitnehmerinnen. Die jüngsten französischen Arbeitslosenproteste, die von einer nie gekanntem Solidarität der gesam-



Die brutale Vorgehen der Polizei gegen die Studierenden löste enorme Solidarität aus

trolle durch die Basis unterworfen können. Vereinigt durch eine entschlossene Führung, hätte die Arbeiterklasse die gesamten gesellschaftlichen Reichthümer in Besitz nehmen können. Eine solche Regierung hätte schon in den ersten Stunden ihrer Amtszeit alle Großkonzerne und Banken in Staatseigentum überführen, Organe aus den Reihen der organisierten Arbeiter zum Schutz dieser Maßnahmen bilden und somit die Grundlage für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle schaffen können.

## Rolle der Arbeiterorganisationen

Doch nichts dergleichen geschah. Während die Massen instinktiv vorwärtsdrängten, wurden sie zurückgezogen - von ihren eigenen Führern! Der Führung der Kommunistischen Partei fiel in dieser vorrevolutionären Situation nichts besseres ein, als Neuwahlen zu fordern. Sie sprach sogar offen davon, daß es darauf ankam, die Bewegung wieder zurück in sichere parlamentarische Bahnen zu lenken!

Auf dem Höhepunkt der revolutionären Streikbewegung bekundeten CGT- und CFDT-Führer ihren Wunsch, mit der Regierung zu verhandeln - mit einer Regierung also, die praktisch nicht mehr bestand, keinerlei Macht mehr besaß und teilweise ins Ausland geflohen war. Die KP bestand darauf, daß der Kampf streng auf Löhne und Arbeitsbedingungen beschränkt sei, auf die „unmittelbaren Forderungen“, der 40-Stunden-Woche, eines höheren Mindestlohns und größerer sozialer Sicherheit. Als am 27. Mai Seguy, der Generalsekretär der CGT, in den Renault-Werken in Billancourt auftrat, um stolz zu verkünden, daß er in 3-tägigen Verhandlungen Erhöhungen der Grundlöhne von bis zu 80 Prozent und die besten Sozialleistungen seit

Kriegsende für die Arbeiterklasse herausgeholt hätte, wurde er ausgepöffelt und seine Rede wiederholt von einer aus 30.000 Kehlern gebillten Parole unterbrochen: „Gouvernement populaire!“ (Volksregierung)

Ein Renault-Arbeiter schilperte einige Jahre später seine Erfahrungen und Eindrücke:

ten Bevölkerung getragen wurden, haben nicht nur Arbeitslosen in Deutschland Mut und Anstöße gegeben, sich zur Wehr zu setzen. Vor 30 Jahren stand Frankreich kurz vor einer sozialistischen Revolution. Im Unterschied zur 68er Revolte in Deutschland blieb die Studierendenbewegung nicht auf die Unis begrenzt, sondern mündete in die größte Streikbewegung in der französischen Geschichte und erschütterte das kapitalistische System. Wir können aus dieser Zeit wichtige Lehren für die aktuellen und kommenden Kämpfe ziehen.

„Wir wollten alles verändern und wir hatten schon fast alles verändert. Wir erwarteten, daß sich unsere Führer an die Spitze stellen. Es war eine Revolution, ja eine Revolution, und wir dachten, die KPF würde sie anführen. Sie wollte jedoch gar keine Revolution. Als sie nur Neuwahlen forderte, wußten wir nicht, was wir tun sollten, es herrschte große Unsicherheit ... Ein paar Wochen später haben viele Streikende wieder de Gaulle gewählt, weil sie von den Linken die Schnauze voll hatten.“

In diesen Worten kommt klar zum Ausdruck, woran es der französischen Arbeiterklasse in jenen Maiwochen um meisten mangelte: an einer entschlossenen Führung, die den Weg zu Massen spontan schon eingeschlagen hatten, anstatt alles abzubremsen. Die Mehrheit der Arbeiter erhoffte sich diese Führung von der KPF. Als diese entschlossene Führung jedoch ausblieb, wurden sie un sicher. Als sich die KP ganz gegen ihre Aktionen stellte, resignierten sie schließlich. Wohl versuchen sie noch tagelang, sich der offiziellen KPF-Politik entgegenzustellen. Sie zogen instinktiv und spontan in die richtige Richtung, doch es ging über ihre Kräfte, sich mitten im Kampf aus dem Sieb greif etwa eine neue Partei zu schaffen.

## Umschwung

Mehrere Wochen herrschte in Frankreich eine Situation der Doppelherrschaft- oder, wenn man so will, der Doppelmachtlosigkeit. Ohne eine organisierte Führung, die die Kämpfe koordiniert und ihnen Ziel und Richtung vorgegeben hätte, entgeht der Arbeiterklasse die Macht wieder, die schon zum Greifen nahe war. Wochenlang war die Reaktion wie gelähmt, die „Bollwerke der Ordnung“ befanden sich in einem Zustand hochgradiger Zersetzung: Doch die langen Kämpfe erschöpften die Massen, die Haltung ihrer Führung entmündigte sie. Am 30. Mai kehrte de Gaulle nach Paris zurück, da er wieder „Morgenluft“ witterte. Er war in Baden-Baden gewesen, um die Unterstützung durch General

Massus zu gewährleisten, der an der Spitze der 70.000 Mann starken französischen Rheinpartei stand.



Sitzstreiks, als Matrosen und Soldaten bei Arbeiterdemonstrationen mitmarschierten und die Internationale sangen - hätte die Arbeiterklasse in dieser Situation auf vollkommen friedliche Weise die Macht erobert können. Aber... was geschah tatsächlich? Weshalb war das Regime wenige Wochen später wieder fest im Sattel?

## Anfang der Kämpfe

Seit dem Kriegsende 1945 hatte Frankreich eine riesige Industrialisierungswelle erlebt. Innerhalb von 10 Jahren hatte sich die Anzahl der Leute mit Autos, Fernsehern, Kühlschränken und einem Haus auf dem Lande rapide erhöht. Jedoch verschleierte das glänzende, verchromte Modell-Frankreich von 1968 ein großes Ausmaß wirklichen Elends: „5-6 Millionen Franzosen leben nahe des Existenzminimums. Ein Viertel der Arbeiter verdient weniger als 150 Francs pro Woche. Arbeitslosigkeit - von der wahrscheinlich mehr als 500 000 betroffen sind und Kurzarbeit sind neue, fremde Erscheinungen in einem Land, das 30 Jahre lang nur Vollbeschäftigung gekannt hatte“, be-

Neue große Kämpfe stehen bevor, in Frankreich wie in ganz Europa. Wenn die Lehren der vergangenen Kämpfe richtig gezogen, begangene Fehler vermieden werden, besteht kein Grund, warum es der Arbeiterklasse nicht gelingen könnte, ihre nächste Chance voll zu nutzen.

# Frankreich der 90er

## Der Kampf geht weiter

Im Jahre 1968 waren nicht nur in Frankreich die Massen den Straßen. In den USA erreichten die Proteste gegen Vietnamkrieg ihren Höhepunkt. Die Ermordung von Martin Luther King löste schwere Unruhen unter der schwarzen Bevölkerung aus. In Deutschland protestierten die Studierenden gegen den „Muff von 1000 Jahren“. Die spanischen Studierenden kämpften gegen den Diktator Franco. In der Tschechoslowakei lösten intellektuelle, Studierende und Arbeiter eine Reformbewegung von unten aus, die als „Prager Frühling“ in die Geschichte einging. Die Bewegungen in den verschiedenen Ländern befruchteten sich gegenseitig und haben Bezug aufeinander.

### Im Opgenorth

Die Internationalisierung der Protesten der Arbeiterklasse haben wir aber auch in den Jahren. Die griechischen mehr übernahmen sofort die neue Aktionsform der französischen LKW-Fahrer der Autoblockaden. 1997 gab es ersten internationalen Gegen die Schließung belgischen Werkes Renault-Vilvoorde. Der Arbeitskampf wurde nicht nur von belgischen Arbeitern, sondern von spanischen, französischen und slowakischen Kollegen übernommen.

### Arbeiterkontrolle

Ersttaunlich schnell hatten sich im französischen Mai 68 über 600 Aktionskomitees oder Räte in den Fabriken und Wohnvierteln gebildet, um die Produktion zu organisieren und die Organisation des öffentlichen Lebens während des Streiks zu übernehmen. Auch im Winter 1995 gab es

### der Arbeiterklasse

Ausbruch der Revolution im Mai 68 kam für viele über den Vor allem für die Arbeiter, aber auch die wurde überrollt. Sie hat Arbeiterklasse den Rückzug und sie wegen „unterror“ als vom Systemtraktor eingestuft. Die kommunistische Partei war der Revolution in Frankreich, daß eine Revolution in der Lebensstandard in der Weltunter dem von Europa läge. Andere linke schlossen wenige Wochen dem Ausbruch eine ähnliche Entwicklung für nächsten 20 Jahren aus. So

se Kontakte untereinander, das kann uns keiner wegnehmen.“

### 80er Jahre

Nach den enttäuschenden Erfahrungen mit der „sozialistischen“ Regierung Mitterand in den 80ern, die stat Verbessern die gleiche Kürzungen der bürgerlichen Parteien betrieb, nach starken Mitgliederverlusten der Gewerkschaften, dem Zusammenbruch des Stalinismus, der eine Demokratisierung der Linien weltweit zur Folge hatte, ist die französische Arbeiterklasse wieder auf dem Vormarsch. Schon 1986 gab es einen Eisenbahnstreik, der für Kontinuität und Weitergehen der Streikführung an die Jungen sorgte. In diesem Streik wurden die ersten Schritte der gewerkschaftsübergreifenden Aktionen gemacht, um erfolgreich gegen die Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung vorzugehen und Berufungsgänge zu verlieren.

### Arbeiterkontrolle

Seit 1993 fand ein Prozeß der Re-Mobilisierung der Arbeiterklasse statt, mit den Streiks der Air-France-Beschäftigten 1993, großen Demonstrationen zur Verteidigung der staatlichen und öffentlichen Bildung im Januar 1994, gefolgt von den Kämpfen der Jugend gegen die Einführung von Billiglöhnen und Streikwellen verschiedener Bereiche im Winter 94 und Frühling 95.

### Bewegung 1995

1995 begann die Bewegung wieder mit einem Aufbruch der Jugend gegen die Zustände an den Unis und im Bildungsreich. Kurze Zeit später traten die Eisenbahner wegen eines massiven Kürzungspaketes der konservativen Regierung Juppé in einen Streik. Dieser wurde national befolgt und war das Rückgrat der Bewegung. Sie weiteten ihre Forderung nach Ablehnung des Plan Juppés aus und konnten somit die anderen Bereiche im öffentlichen Dienst ermutigen. In Paris standen Metro und Busse still kilometerlange Straß legen alles lahm. Air France-Arbeiter besetzten Landebahnen. Ein

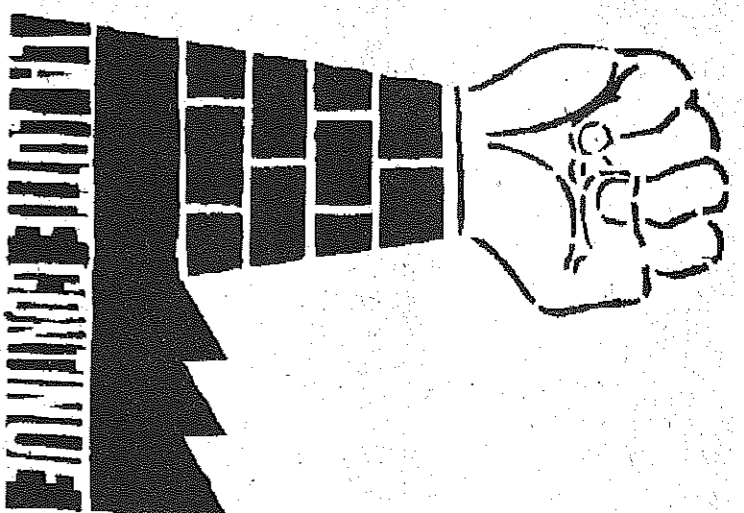
Großteil der Postverteilzentren und Telekom-Depots schlossen sich dem Streik an, ebenso wie Krankenschwestern, Beschäftigten der Gas- und Elektrizitätswerke und die Professoren. Solidaritätsstreiks und Unterstützung auf den Demonstrationen gab es von Arbeitern der Automobilindustrie, Arbeitern der Stromversorgung, von Kernkraftwerken, Hafenarbeitern, Taxifahrern, Lehrern und Gymnasialisten. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit überwältigte alle. Die Demonstrationen wurden von Woche zu Woche mächtiger und erreichten mit 2 Millionen einen Höhepunkt. In manchen Städten in der Provinz demonstrierten mehr als ein Viertel der Bevölkerung. Es waren die größten Demonstrationen in der Geschichte Frankreichs, auch größer als 1968.

Die 95'er Bewegung hat die Diskussion über die Zukunft dieser Gesellschaft wieder entfacht. Mit Verzögerung ist es auf politischer Ebene zu einer starken Linksverschiebung gekommen, 1997 bei den Nationalwahlen und 1998 bei den Kommunalwahlen.

Die direkten materiellen Ergebnisse des Streiks waren vergleichbar mit der Mobilisierung schwach. Eine Grund dafür war, daß der Streik hauptsächlich auf den öffentlichen Dienst beschränkt blieb und keine Ausweitung auf den privaten Sektor stattfand. Die Belegschaften der Privatindustrie beteiligten sich zwar an Demonstrationen, traten aber nicht in den Ausstand. Die Angst vor Repressionen oder Kündigung sag sehr tief, zumal die Gewerkschaften die Beschäftigten der Privatindustrie nicht herausstufen und keine Rückendeckung geben.

### Unterschied zu 1968

Die Verhältnisse der 60er/70er Jahre haben sich grundlegend zu den 90er Jahren verändert. Der Hauptunterschied liegt in der ökonomisch veränderten Situation. Der ökonomische Spielraum war größer als heute. In den 90er Jahren wird der kapitalistische Konkurrenzkampf um einiges verbitterter



geführt. Die Südostasienskrise hat gezeigt, auf welch sandigem Boden, die heutigen Wirtschaftsverhältnisse gebaut sind. Die grundlegende Richtung geht jedenfalls bergab. Aus Angst vor sinkenden Profitten in der Zukunft reißen die Unternehmer nach allen, was sie zwischen die Finger bekommen und versuchen Zustände wie vor 100 Jahren einzuführen: Flexibilisierung, Lohndumping, unsichere Arbeitsverhältnisse usw. Die hohe Arbeitslosigkeit macht die Arbeitnehmer erpressbar.

Dazu kommt die ideologische Defensive der Arbeiterklasse. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus ist zwar der Weg frei um wirklich, "freien" Sozialismus zu erkämpfen. Er hinterläßt aber erst mal ein Loch und verunsichert Massen von linken und fortschrittlichen Arbeitern. 1968 hat alleine die Existenz von antikapitalistischen Staaten in Osteuropa, die Frage der Abschaffung des Kapitalismus sehr schnell auf die Tagesordnung in einer Bewegung gebracht. In den 90ern geschah dies nicht. Die politische Bewegung ging nicht so weit, da die politische Alternative oder Perspektive fehlte. Hilfslosigkeit lag in der Luft. Der Kapitalismus, die freie Marktwirtschaft wurde nicht in ihren Grundfesten erschüttert oder angegriffen und konnte daher einfach abwarten. Gutes Sitzfleisch zahlt sich aus.

### Rolle der Parteien

Während die kommunistische Partei 1968 mit der Forderung nach Neuwahlen von der Frage der Einführung einer direkten Arbeiterdemokratie ablenken konnte, war es 1995 so, daß noch nicht mal die Forderung nach Neuwahlen aufgestellt wurde, weder von der SP noch der KP. Die sozialistische Partei hütierte sich vor solchen Äußerungen und hüllte sich in Schweigen. Sie hatte zu dieser Politik keine Alternative: Ihr eigener Vorwurf an die Regierung war, sie hätte die Vorschläge zu arrogant verbeizt. Die kommunistische Partei war der Meinung, die Linke wäre noch nicht reif für die Macht und begnügte sich lieber mit moralischen Appellen „gegen die Macht des Geldes“ und Aufrufen wie „die Regierung muß den französischen Menschen zuhören“. Die radikale Linke, zum Beispiel Lutte Olivier, verkündete die Arbeiterklasse sei noch nicht so weit. 1968 hatte die stalinistische KP Masseneinfluß und nutzte diesen um die Bewegung herunter zu kochen. Stark Moskau-orientiert hatte sie kein Interesse an einer lebendigen Arbeiterdemokratie, die von unten heraus demokratisch aufgebaut würde. Die diktatorischen Verhältnisse in der Sowjetunion

in Frage gestellt worden. Dies hätte Grund genug sein können, eine politische Revolution zum Sturz der Bürokraten zu entfachen. Die verärrliche Politik der KP brach der Bewegung 1968 das Genick. Heute hat sie diesen Einfluß und die Autorität nicht mehr, da sie sich jetzt einen neuen Platz in der bürgerlichen Parteienlandschaft sucht. Momentan beweist sie ihre Regierbarkeit damit, daß sie Arbeitslosen, die für ihr Recht einstehen, die Betriebschaftspolizei auf den Hals bezirzt.

### Perspektive

1995 war es die Parteien (Antwort-)losigkeit der Arbeiter, die die Bewegung zum Ende zwang. Eine Massenpartei, die die fortschrittlichsten Arbeiter aus den Großbetrieben zusammenfaßt und Arbeitslose aus den Stadtteilen, Migranten, Beschäftigte in unsicheren Verhältnissen verbindet ist aber nötig, um in einer ähnlichen Situation eine Revolution entschlossen zum Erfolg zu führen. So eine Massenarbeiterpartei kann durch den Zusammenschluß verschiedener linker Kräfte entstehen. Sie wird aber sicherlich aus Großteil ihrer Mitglieder aus Kämpfern in den kommenden Jahren gewinnen. Eine ihrer Hauptaufgaben ist neben dem eigenen Aufbau als kämpfende Partei die Verbreitung von sozialistischen Ideen.

Die ehemaligen sozialistischen oder kommunistischen Arbeiterparteien haben dem Sozialismus den Rücken zugewendet und sich diesem System angepaßt. Aber das bedeutet nicht, daß der Kampf um eine sozialistische Gesellschaft vorbei wäre. Der real existierende Kapitalismus verbreitet Extremzünge, Isolation, Armut und Elend. Er und seine Helfershelfer tun momentan ihr Bestes, die Ideen des Sozialismus populär zu machen.

Der geschleierte Versuch des real existierenden Stalinismus zeigt vor allem eins: daß eine Planwirtschaft demokratisch organisiert sein muß, damit sie die Wirtschaft entwickeln kann. Sonst erstickt sie die Motivation und die Eigeninitiative im Keim und stößt sehr bald an ihre Grenzen. Nur eine sozialistische Räte-demokratie kann auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen, indem alle an den Entscheidungen in der Produktion, in Verwaltung und sozialem Bereich beteiligt sind.

Der Sozialismus wird wieder Massenanhänger finden. Millionen Menschen werden bei der Suche nach einem Ausweg auf diese Ideen stoßen. Die Aufgabe von Sozialistinnen heute ist es, diesen Prozeß zu verkürzen, die Ideen von Marx und Engels zu überprüfen, in eine neue Sprache zu übersetzen und zu verbreiten.



1995: Auf täglichen Volksversammlungen (hier: Eisenbahndepot Sotteville-lès-Rouen) wurde über die

# USA / IRAK: Erst das Geschäft - dann die Moral

Im Konflikt mit dem Irak präsentieren sich die USA als der edle Ritter, der die Welt mutig vor Massenvernichtungswaffen in der Hand von skrupellosen Diktatoren beschützt. Biologische und chemische Waffen (und Atombomben) sind eine schreckliche Bedrohung, aber nicht nur in der Hand von Saddam Hussein.

**Georg Kämmerl**

Was ist mit den Massenvernichtungswaffen in den Händen des chinesischen Regimes? Oder in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in denen die Grenzen zwischen Minister und Mafioso fließend sind? Was ist mit den Atombomben und Waffensensalen, die in den USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland vorhanden sind? Das sind schließlich dieselben Staaten, die Saddam Hussein vor dem Golfkrieg zu seinen Waffensensalen verholfen haben, die nicht empot gegeschrien haben, als er im Krieg gegen den Iran Giftgas anwendete und 1988 im Nord-Irak mindestens 5000 Kurden durch den Einsatz von Giftgas umbrachte. Das sind dieselben Staaten, die erst nach der Besetzung Kuwaits entdeckten,

daß Saddam Hussein ein Diktator ist - 11 Jahre, nachdem er an die Macht gekommen war.

## Un-Sicherheitstrat

Die fünf ständigen Mitglieder im Welsicherheitstrat bilden diesen Rat nicht weil sie auf Atomwaffen verzichten würden, sondern gerade weil sie die Atomkräfte sind. Die USA und Rußland werden auch nach der vertraglich vereinbarten Abrüstung über jeweils 3000 bis 3500 Atomspengköpfe verfügen. China, Großbritannien und Frankreich werden ebenfalls ihre Atomwaffen behalten. Die „demokratischen“ USA haben 1945 mit zwei Atombomben die Zivilbevölkerung in Hiroshima und Nagasaki ungebracht, im Vietnamkrieg mit dem Einsatz von Napalm und hochgiftigen Entlaubungsmitteln unzählige Opfer verursacht und sind heute der größte Waffensporteur der Welt. Die USA unterstützen Israel und Pakistan - Länder, die als inoffizielle Atomwaffenmächte gelten.

Zu China bauen sowohl die USA als auch Deutschland gerade ihre „freundschaftlichen Beziehungen“ aus. Dabei stört es nicht, daß die Atommacht

China nach wie vor alles andere als eine Demokratie ist und die Menschenrechte mit Füßen tritt. In diesem „zivilisierten“ Land sind zum Beispiel Massenmordtaten an der Tagesordnung. Noch bevor Schneller richter Schuld und Strafe feststellen, werden den Gefangenen Blutproben entnommen, weil unmittelbar nach der Hinrichtung Militärärzte den Toten innere Organe entnehmen, um sie dann im Rahmen des internationalen Organhandels zu verkaufen.

Anfang des Jahres hat die EU-Außenministerkonferenz beschlossen, bei der UN-Menschenrechtskommission in Genf keine Resolution gegen China mehr mitzutragen.

## Deutsche Außenpolitik

Deutschland zählt seit Jahren Jahren zu den fünf größten Waffensporteurern der Welt. Die moralische Maßstäbe der Regierung sind allein abhängig von den wirtschaftlichen Interessen. Heute ist die Türkei wegen Demokratie-Defiziten und der Kurdenfrage nicht reif für die EU. Dieselbe Türkei ist aber seit Jahren reif genug, um Waffen aus Deutschland zu bekommen, die sie auch gegen die Kurden einsetzt.

Mit dem Regime im Irak pflegt die deutsche Regierung den „kritischen Dialog“. Folterpraxis, Staatsterrorismus und Aufruf zum Mord an dem Schriftsteller Rushdie sind dabei ebenso wenig ein Hindernis

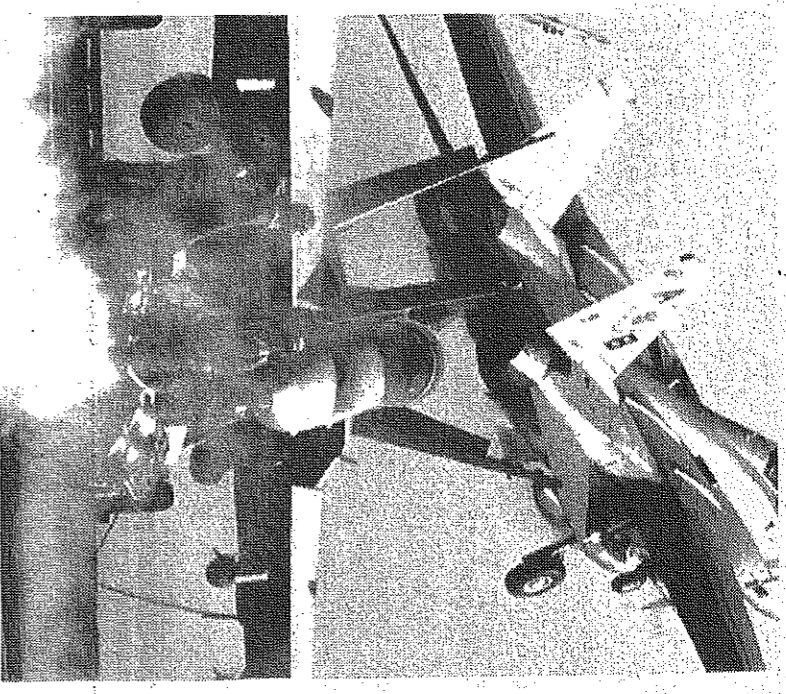
wie die Tatsache, daß auch der Iran zum Kreis der inoffiziellen Atomwaffenmächte zählt. Hintergrund dieser Haltung sind, ebenso wie im Falle Chinas die lukrativen Handelsbeziehungen deutscher Firmen und Konzerne.

Die Richtschnur der imperialistischen Staaten für ihr Handeln ist: Erst kommt das Geschäft dann die Moral. Das sollte man nicht vergessen, wenn es um die Bewertung von zukünftigen Militäreinsätzen, auch den Bundeswehreinräten im Ausland geht.

## Zweierlei Maß

In Deutschland ist es geradezu tabu, Kritik an den Beschlüssen der sogenannten „Völkergemeinschaft“ der UNO zu üben. Darin sind sich auch Rot-Grün einig. Aber die UNO kann nicht besser sein als ihre Mitgliedsstaaten. Kein Wunder, daß sie bei der Umsetzung ihrer Beschlüsse mit zweierlei Maß mißt.

Es gibt zum Beispiel mehr als eine UNO-Resolution, (u.a. die UNO-Resolution 242), die eindeutig den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten verlangt. Mit seiner Politik verstoßt Israel gegen den Inhalt von rund 200 UNO-Resolutionen. Indonesien hält seit 1976 Osttimor besetzt und verstößt damit ebenfalls gleich gegen mehrere UN-Resolutionen, ohne daß jemals ein Waffenengang gegen den Machthaber in Indonesien, Suharto, in Erwä-



US-amerikanische Militärmobilisierung am Golf

gegen das reaktionäre Regime im Iran und anderen Ländern ist die Aufgabe der Arbeiter und der Jugend in den jeweiligen Ländern.

Die beste Unterstützung von unserer Seite ist der Kampf gegen die heuchlerische menschenverachtende Politik hierzulande: Gegen Rüstung und Rüstungsexporte, gegen Auslandsstütze der Bundeswehr, Solidarität mit Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, für Bleiberecht für alle, gegen den deutschen Imperialismus und dessen Politik, jedes noch so brutale Regime zu unterstützen, mit dem sich ein Geschäft machen läßt.

„Ich will die Pestbeule im Nacken der Bosse sein“, ein docker aus Liverpool



Nach zwei Jahren, 3 Monaten und 29 Tagen ist der herausragende Arbeitskampf der 500 Liverpooler Hafnarbeiter um Wiederherstellung beendet worden. Während des Arbeitskamps sind vier Hafnarbeiter verstorben. Dieser Artikel ist ihnen und all denen gewidmet, die vom ersten Tag an Seite an Seite mit den Liverpooler Hafnarbeitern gekämpft haben.

**Tanja Niemeier aus London**

Die Auseinandersetzung ging letztlich um die Wiederherstellung ungeschützter Arbeitsverhältnisse im Hafen (wie Tage-Lohn), Flexibilisierung und den Abbau gewerkschaftlicher Rechte, die sich seit 1989 hinziehen. Seinerzeit hatten bei einem landesweiten Hafnarbeiterstreik die Liverpooler Hafnarbeiter bis zuletzt durchgehalten. Seitdem war die Hafengesellschaft, an der die Labour-Regierung übrigens einen Aktienanteil von 14% hält, entschlossen die Gewerkschaften aus dem Hafen zu verbannen - gegen erbitterten Widerstand der Kollegen.

## Organisation des Kampfes

Der Kampf der Hafnarbeiter war ein Modell für breite Mitbestimmung und Basisbeteili-

„Never cross the picket line“ - Durchbrechen niemals einen Streikposten war das Prinzip der Docker



gung. Von 500 betroffenen Hafnarbeitern haben sich insgesamt 470 an den Streikposten und Aktionen aktiv beteiligt.

Die großartigen Aktionen der Women of the Waterfront (Solidaritätskomitee der Frauen und Lebensgefährten der Hafnarbeiter) haben es der Presse unmöglich gemacht, einen Keil zwischen die Hafnarbeiter zu treiben. Das war sehr entscheidend, da zum Beispiel die finanzielle Situation während des Streiks erdrückend war. 90.000 bis 120.000 DM mußten jede Woche aufgebracht werden, um den Streik aufrechtzuerhalten.

Einmal pro Woche fanden Treffen für alle Hafnarbeiter statt, an denen teilweise auch Vertreter der landesweiten Unterstützter-Komitees teilnahmen durften. Die Streikposten wurden auf täglicher Basis organisiert - auch wenn das insgesamt sehr schwierig war, weil das Hafengebiet eine Strecke von 7 Meilen umfaßt.

Die Hafnarbeiter nutzten ihre vielseitigen berufsbedingten Kontakte, um internationale Solidarität zu organisieren. In 82 internationalen Häfen kam es mehrfach zu Boykott- und Streikaktionen gegen Liverpooler Gesellschaften. Auch das

# Liverpool: Marathon-Arbeitskampf nach 28 Monaten beendet

„Nicht die Arbeiterklasse hat uns im Stich gelassen, sondern die Gewerkschaftsführung und die Anti-Gewerkschaftsgesetze. Wir müssen die Gewerkschaften verändern und sie für die Arbeiterklasse zurückerobern.“  
**Bob Ritchie, Liverpooler Hafnarbeiter und Vertrauensmann**

Komitee für eine Arbeiterinternationale, dem die SAV angeschlossen ist, und die Socialist Party (Schwesterpartei der SAV in Großbritannien) organisierten internationale Solidarität. So wurden beispielsweise verschiedene Rundreisen von Liverpooler Hafnarbeitern in verschiedene Länder organisiert.

## Gewerkschaftsführung

Die Hafnarbeiter mußten nicht nur gegen Unternehmer und massive Polizeieinsätze kämpfen. Die Gewerkschaftsführung der TGWU (Allgemeine Transport und Arbeitgeberwerkchaft) hatte sich vom ersten Tag an geweigert, den Streik als offiziell anzuerkennen und dementsprechend zu unterstützen. Die Gewerkschaftsführung hat keine Gelegenheit ausgelassen, um immer wieder zu betonen, daß immer-

hin noch 800 Gewerkschaftsmitglieder im Hafen arbeiten. Damit haben sie den Streik geschwächt und gespalten.

Mit ein Hauptgrund, warum der Kampf beendet wurde, war eine Entscheidung des Gewerkschafts-Vorstands im Dezember letzten Jahres. Einige Regionen brachten eine Resolution ein, die die International Transport Federation (ITF) aufforderte, einen weltweiten Boykott des Liverpooler Hafens zu organisieren. Die Gewerkschaftsführung lehnte dies ab und betrieb sich dabei auf die Anti-Gewerkschaftsgesetze der Thatcher-Ära, nach denen solche Aktionen gesetzlich seien.

## Gewerkschaften erneuern

Das letzte landesweite Unterstützertreffen der Hafnarbeiter hat, in Übereinstimmung mit

den Hafnarbeitern, beschlossen, eine Basiskonferenz der TGWU-Aktivistinnen zu organisieren. Dort soll diskutiert werden, wie der Kampf gegen die verärrterische Führung innerhalb der Gewerkschaft aufgenommen werden kann.

Der Kampf der Hafnarbeiter ist zwar beendet, aber die Basiskonferenz ist ohne Zweifel ein bedeutender Anfang, um die Gewerkschaften von innen heraus zu verändern. Einige denken vielleicht, daß die Vertortung schon zu weit fortgeschritten ist, um irgend etwas zu verändern. Auch wenn das natürlich teilweise verständlich ist, so ist es dennoch eine falsche Herangehensweise. Die entscheidende Aufgabe ist es, die Auseinandersetzung um eine kämpferische Gewerkschaftspolitik zu führen, die die Interessen der einfachen Mitglieder vertritt. Außerdem muß sichergestellt werden, daß all diejenigen, die in den letzten 28 Monaten hinter den Hafnarbeitern gestanden haben, aktiv bleiben und ihnen auch bei den kommenden Kämpfen zur Seite stehen.

Für die Zukunft gilt es, Aktivistinnen mit sozialistischen Ideen zu bewaffnen, die in der Lage sind, die Bewegung auf die kommenden, unausweichlichen Kämpfe vorzubereiten. ■



# Weltwirtschaft

## aus den Fugen

### "Asienkrise" in Lateinamerika

Die Medien versuchen, die "Asienkrise" als ein regionales Problem darzustellen mit geringen Folgen für die Weltwirtschaft. Tatsächlich war die Währungs- und Wirtschaftskrise, die in Südostasien 1997 begonnen hat, der Beginn einer neuen Weltwirtschaftskrise.

#### Wolfgang Klein, Stuttgart

Für deutsche Wirtschaft waren die unmittelbaren Auswirkungen teilweise positiv: Die Schwächung des weltweiten Wirtschaftswachstums führte zum Preissturz bei Rohstoffen wie Erdöl. Die Inflationsrate sinkt. Die Bundesbank hat deshalb keinen Grund für eine Zinserhöhung, die die Wirtschaft bremsen würde. Diese positiven Folgen verdecken bei uns noch die negativen. Anders war es in Lateiname-

rika. Dort wurde schon im letzten Herbst die Wirtschaft in

Mitteldeutsch gezogen. 1997 hat es in Lateinamerika noch ein Wirtschaftswachstum von über fünf Prozent gegeben, das größte seit 20 Jahren. Das wurde als Erfolgspeweis für die neoliberale Politik seit 1982 verkauft.

In den letzten Jahren führten der Aktienboom und der hohe Dollarkurs dazu, daß Investoren vor allem in den USA viel Kapital hatten, das sie möglicherweise profitabel anlegen wollten. Deshalb investierten sie Geld in Bürohochhäuser in Südostasien oder kauften private Staatsbetriebe in Lateinamerika.

Um die Krise als regionalen Betriebsunfall darzustellen, wurden seit Herbst alle möglichen südostasiatischen Besonderheiten entdeckt. Die internationalen Investoren waren nicht

so spitzfindig.

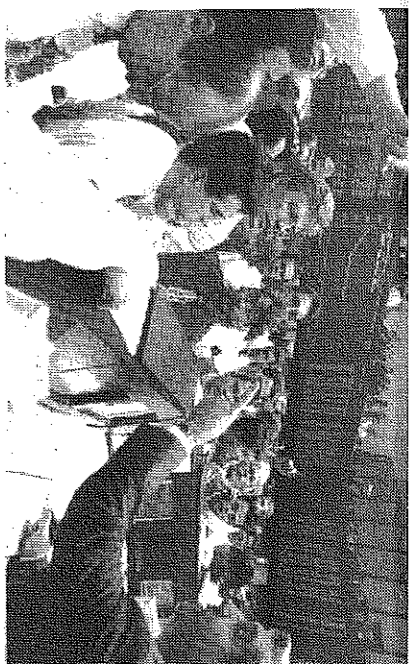
#### Beispiel Brasilien

Vor allem in Brasilien wurden ähnliche Risiken ausgemacht wie in Südostasien: große Defizite in Zahlungsbilanz und Haushalt. 1997 betrug diese Defizite 4,2 bzw. 5,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (der pro Jahr in einem Land produzierten Werte).

Die Spekulanten bekamen Angst, daß der brasilianische Real ebenso wie die Währungen Südostasiens in den Keller gehen könnte und wollten ihr Geld in Sicherheit bringen. Um den Abfluß von Kapital zu verhindern, erhöhte die Regierung die Zinsen auf 43 Prozent. Die hohen Zinsen machen Brasilien zwar für ausländische Geldanleger so interessant, daß Kapitalflucht und Währungsabsturz verhindert werden konnten. Sie machen aber Kredite für Verbraucher und Unternehmen so teuer, daß sie die Wirtschaft abwürgen.

Im Oktober war die Industrieproduktion noch um 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Im November schrumpfte sie um 1,2, im Dezember sogar um 3,1 Prozent.

Gegen das Doppeldefizit versucht die Regierung ein radikales Spar- und Privatisierungsprogramm. Zunächst wurden Sozialkürzungen und Steuererhöhungen im Umfang von 32 Milliarden Mark durchs Parlament genehmigt. Zur langfristigen Sicherung des Haushaltsdefizits



Broker geraten weltweit ins Schwitzen

wurden "Reformen" der Renten und des öffentlichen Dienstes beschlossen, die zu niedrigeren Renten und Arbeitsplatzabbau führen werden. Die Privatisierung des Telefonwesens soll seine 55 Milliarden Mark in die Staatskasse spülen. 40 bis 50 Prozent davon von ausländischen Investoren.

#### Beispiel Chile

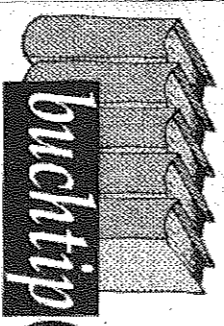
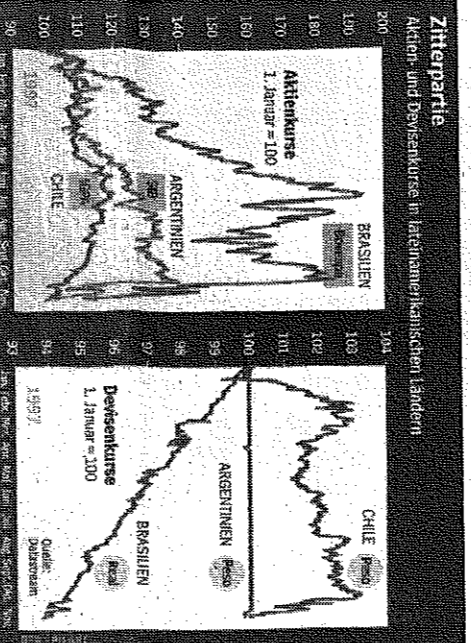
Die brasilianische Regierung hat es bisher geschafft, die Kosten der ostasiatischen Währungskrise vom letzten Herbst auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Aber das war nur der erste Akt des Dramas. Nicht nur die Devisenkurse der "Tigerstaaten" sind im Keller, auch ihre Importe. Das betrifft ihre Handelspartner und senkt weltweit die Nachfrage nach Rohstoffen (und damit deren Preise).

Von beidem wird Chile besonders stark betroffen. Es wickelt zuletzt ein Drittel seines Handels mit Asien ab, Kupfer macht 40 Prozent seiner Exporte aus. Von Juli 1997 bis Ende Februar 1998 fiel der Kupferpreis um über 36 Prozent. (Ähnlich geht es Venezuela und Mexiko durch die niedrigen Ölpreise). Zu allem Überfließ bringt El Nino das Wetter und damit die Ernte durchheinander, wodurch die Nahrungsmittelimporte auch noch sinken. Die geringeren Staatseinnahmen und Exporterlöse reißen ein Loch in den Haushalt und die Zahlungsbilanz. Chile wird durch die Krise dorthin

gebracht, wo Brasilien bei ihrem Beginn war. Von November bis Januar fiel der chilenische Peso gegenüber dem Dollar um sieben Prozent, im Januar und Februar erhöhte die Zentralbank die Zinsen um zwei Prozent.

Im Vergleich zu Südostasien und Brasilien ist das nicht der Rede Wert, aber zusammen mit den Exportproblemen reicht es, um das Wirtschaftswachstum um drei Prozent zu drücken. Und bei einer neuen Welle der Währungsspekulation könnte Chile zu den Opfern gehören. Offizielle Schätzungen erwarten einen Rückgang von Lateinamerikas Wirtschaftswachstum um rund zwei Prozent, statt einem vor der Krise erwarteten Anstieg von einem halben Prozent. Aber die Ökonomen können nie richtig abschätzen, wie sich wirtschaftliche Effekte gegenseitig hochschaukeln. Zum Beispiel wird der Abschwung in den USA Mexikos Exporte ebenso erschweren wie Brasiliens Krise die Exporte Argentiniens. Der Konkurrenzkampf wird zunehmen und die Profite senken. Damit wird die Region für internationale Investoren noch unattraktiver - und das, wenn die Zahlungsbilanzdefizite steigen und mehr ausländisches Kapital angelockt werden muß. Der Konkurrenzkampf um Kapital kann zu einem Zinswettbewerb führen, der die Wirtschaft weiter abwürgt.

■



# CasinoCapital

## Winfried Wolf zur Krise der Weltwirtschaft

In seiner neuesten Veröffentlichung geht Winfried Wolf, Mitglied der Vereinigung für sozialistische Politik (VSP) und Bundestagsabgeordneter für die PDS, den Krisenereignissen der weltweiten Marktwirtschaft auf den Grund.

Sein Buch hätte zu keinem günstigeren Zeitpunkt geschrieben werden können. Wenige Monate nach dem Beginn der Südostasienskrise erläutert er die Folgen dieser Krise für die Weltwirtschaft und kommt zu dem Schluß, daß es eine weltweite Wirtschaftskrise vor der Tür steht, die Ausmaße wie die Krise 1929 annehmen kann.

#### Sascha Stancic

Die zwischenzeitliche Erholung der Börsen in den Industrieländern ist für ihn kein Grund zur Entwarnung. Er zeigt auf, daß auch Ende 1929 die Weltwirtschaft nicht über Nacht in die Depression stürzte. Nach mehreren Auf- und Abwegen kam es erst Anfang 1931 zum Zusammenbruch des Kredit- und Bankensystems. Ausgehend vom Börsencrash 1987 weist Wolf nach, daß die Ökonomen der entwickelten kapitalistischen Länder damals

sehr viel weniger fragil waren und vor allem die Bundesrepublik Deutschland und Japan in der Lage waren, finanzpolitische Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um die Ausweitung des Crashes auf die Realwirtschaft zu verhindern. Das ist heute anders.

CasinoCapital erklärt die Faktoren, die eine Weltwirtschaftskrise in den nächsten Jahren wahrscheinlich machen: das ungescheure Abheben der Finanzmärkte von der Realwirtschaft; das Ausmaß von Privatisierungen und öffentlicher Verschuldung; was den Spielraum für ein staatliches finanzpolitisches Gegensteuern verringert; die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt; die Angleichung der Konjunkturentwicklungen in den drei Blöcken Nordamerika, Europa und Japan und schließlich der EURO, wo jede Schwierigkeit massive Rückwirkungen auf die Finanzmärkte haben wird.

Wolf argumentiert nicht, daß es zu einer Weltwirtschaftskrise à la 1929 kommen muß, er weist darauf hin, daß alle Zutaten vorhanden sind: eine „normale“ weltweite Rezession, die er für 1998 oder 1999 ohnehin erwartet, könnte mit einer Krise des internationalen Finanz-

systems zusammentreffen.

Mit vielen Zahlen und Fakten untermauert, ist CasinoCapital eine einzige Anklage gegen die Marktwirtschaft mit all ihren Folgen: der wachsenden Armut bei gleichzeitig steigendem Reichtum, der Massenarbeitslosigkeit, der imperialistischen Ausbeutung der sogenannten „Dritten Welt“. Am Ende eines jeden Kapitels erhalten wir einen Einblick in den Lieblingsport der Superreichen, das Golfen in den Zeiten des Casino-Kapitalismus, samt Begleiterscheinungen wie Golfplatz-Inflation und Golfplatzkrise.

„Wenn Marktbeziehungen die gesellschaftlichen Verhältnisse beherrschen, dann findet das Gegenstück dessen statt, was üblicherweise im menschlichen Miteinander als normal gilt.“ Damit meint Wolf, daß das marktwirtschaftliche Prinzip der Anwendung von gleichem Recht auf ungleiche Menschen (die verschiedene Talente, Stärken, Schwächen, Erfahrungen, Behinderungen, Lebensverhältnisse etc haben) die Ungleichheit steigern muß. Die einzige zulässige Schlußfolgerung wird in CasinoCapital gezogen: der Kapitalismus gehört abgeschafft und durch eine demokratische Planwirtschaft ersetzt.

setzt.

Doch gerade im letzten Teil seines Buches, daß sich mit Alternativen auseinandersetzt, wird es schwächer. Nirgendwo fordert Wolf die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum (wenn das auch logische Konsequenz seiner Ausführungen ist), sondern beschränkt sich darauf, von Kontrolle und Verfügungsgewalt zu sprechen. Doch was der Allgemeinheit nicht gehört, kann sie auch nicht kontrollieren. Diese Wahrheit muß klar und deutlich ausgesprochen werden. Stattdessen betont der Autor, daß Marktelemente und private und genossenschaftliche Eigentumsformen sehr wohl eine große Rolle spielen sollen. Hier versäumt er zu erklären, ob er damit die Gesellschaft meint, die er anstrebt oder eine Übergangsform, die auf dem Weg dorthin. Es ist unter Sozialisten unstrittig, daß es nach der Abschaffung des Kapitalismus eine Übergangsphase geben muß, in der private Eigentumsformen und Marktmechanismen in Grenzen fortexistieren werden. Doch eine klassenlose Gesellschaft wird es mit Marktelementen nicht geben.

Kein Wort verliert Winfried Wolf darüber, wie die Marktwirtschaft abgeschafft werden kann. Derdem LeserIn wird nicht mitgeteilt, was die praktischen Schlußfolgerungen aus der Lektüre von CasinoCapital sind, was er/sie tun kann. Wolf spricht nicht vom Klassenkampf und der arbeitenden Klasse als TrägerIn gesellschaftlicher Veränderungen. Die Notwendigkeit, eine starke sozialistische Arbeiterpartei aufzubauen, wird nicht gesehen. Das verwundert auch nicht, ist der Autor doch vor einigen Jahren aus dem Vereinigen Sekretariat der Vierten Internationale (einer revolutionär-sozialistischen Organisation, mit der die SAV in freundschaftlichem Kontakt ist) ausgetreten und scheint seine politische Heimat mehr und mehr in der, nun gar nicht revolutionären, PDS zu finden.

CasinoCapital ist eine gute Beschreibung und Analyse der herrschenden Verhältnisse. Auch wenn sie wenig Schlußfolgerungen für die Veränderung der Verhältnisse anbietet, eine sehr lesenswerte Lektüre. Winfried Wolf, CasinoCapital - Der Crash beginnt auf dem Golfplatz, Neuer ISP-Verlag, Taschenbuch 280 Seiten, 24 DM

#### Schulden-Falle

Zwischen 1975 und 1994 haben die Schuldnerländer der „Dritten Welt“ 2500 Milliarden Dollar an Schuldendienst in die Gläubigerländer des Nordens gezahlt. Die aktuelle Stand ihrer aufgelaufenen Auslandsverschuldung betrug jedoch 1995 knapp unter 2000 Milliarden Dollar. (nach Schuldenreport 1995)

#### Vermögens-Kissen

Weltweit konnten die Dollarlarmillionäre ihr Vermögen 1996 auf 16.000 Milliarden Dollar steigern, daß sind 28.800 Milliarden DM. Zum Vergleich: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt betrug 1997 rund 3.700 Milliarden Mark. (nach UN-Weltwohlfahrtsbericht)

#### Frankreich

Zehntausende protestierten Ende März gegen die Nationale Front und die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien nach den Kommunalwahlen mit der NF. Weniger internationale Beachtung fand, daß die Kommunalwahlen auch eine Stärkung der revolutionären linken Kräfte brachten.

1 Million Stimmen konnten KandidatInnen von trotzkistischen Organisationen erzielen, darunter die LO (Arbeiterkampf) und LCR (Revolutionär-kommunistische Liga) sowie die SAV-Schwesterorganisation GR (Revolutionäre Linke). Das sind indes weit 4,3%, wobei bei weitem nicht überall solche KandidatInnen antraten. Wo sie kandidierten, erhielten sie 5-8%, in Toulouse sogar 10%. In Arbeitervereinen und unter Jugendlichen war der Stimmanteil besonders hoch; 8% der unter 25jährigen stimmten für trotzkistische KandidatInnen. Dies zeigt, daß immer mehr nach einer Alternative links vom derzeitigen Regierungslager aus SP, KP und Grünen suchen.

#### Indonesien

Trotz harten Durchgreifens der Sicherheitskräfte reißt in Indonesien der Widerstand gegen das korrupte Suharto-Regime vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise nicht ab. Tausende von StudentInnen an über 30 Hochschulen des Landes demonstrierten im März und lieferten sich zum Teil Straßenschlachten mit der Polizei. Versammlungen oppositioneller Parteien wurden aufgelöst, Aufrufe der inoffiziellen Gewerkschaft SBSI beschlagnahmt. Es ist jedoch nur noch eine Frage der Zeit, bis das Suharto-Regime stürzt, das 1965 nach dem Massenmord an über 2 Millionen Menschen, darunter 1 Million Kommunisten, zur Macht kam.

#### Nigeria

Die seit Monaten andauernde Benzinknappheit im Öl-förderland Nigeria, ausgelöst durch die Verringerung von vier großen Raffinerien, hat größere Straßenproteste hervorgerufen. Wütende Autofahrer prügelten sich mit Polizisten, die die Tankstellen bewachten. Jugendliche verbrannten Reifen und bauten Barrikaden.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jeder macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmer und Regierung zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren.

Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre schreiben vor Konsequenter Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist. Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf.

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer „Utopie“. Deshalb wurde 1994 die **SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV)** von GewerkschaftlerInnen, linken SPD und PDS-MitgliederInnen um die sozialistische Zeitung **VORAN** gegründet.

Wir sind demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Berufspolitiker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

## Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen.

Wir organisieren **Gegenwehr**, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen.

Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

## Wofür wir kämpfen

### Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neuenstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege.
- ★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestlohn (Mindestlohn, Mindestrente von 2000 DM netto)
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

### Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

### Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzbetriebsplätze für die Beschäftigten
- ★ Auspau des öffentlichen Verkehrs

### Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

## Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmern und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten.

Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, Jung und alt. Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen.

Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben.

## Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet und in Gemeineigentum überführt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

## Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

## Keinen Fußtritt den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

## Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

## Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

## Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

## Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Cut angekommen beim Straßbenverkauf ist die letzte Ausgabe von **VORAN** mit der Schlagzeile „Macht Kohl arbeitslos“ was die Anti-Kohl-Stimmung und die Empörung über den Skandal der Arbeitslosigkeit ausdrückt.

So kaufte in Kassel bei der einer Arbeitslosenprotestaktion mit 200 TeilnehmerInnen jede/r Zehnte ein Exemplar. Vor dem Kasseler Arbeitsamt wurden binnen einer halben Stunde 17 Zeitungen verkauft.

Bei einer Aktion vor dem Kölner Arbeitsamt mit 70 TeilnehmerInnen wurden 15 Zeitungen verkauft. Auf dem Wochenmarkt in Rosstock-Lichtenhagen interessierten sich 20 KundInnen nicht nur für Gemüse, sondern auch für sozialistische Ideen. In Ahaus bei der Anti-Castor-Demonstration setzten 2 TeilnehmerInnen allein 30 Zeitungen ab. Bei politischen Veranstaltungen in Frankfurt verkauften SAV-Mitglieder rund 40 Zeitungen.



## Werde Mitglied der SAV

Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.

Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem **VORAN**-Verkäufer oder schicken an:  
 Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln  
**InfoTelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80**

## Kampagne zur Beitragserrhöhung

Es ist zweieinhalb Jahre her, daß der SAV-Bundesvorstand alle Mitglieder aufgefordert hat, ihren Beitrag zu erhöhen. Seitdem sind die Kosten für politische Arbeit, Druckkosten, Büromiete, Porto usw. weiter gestiegen. Um die Arbeit im bisherigen Umfang weiterführen und ausweiten zu können, sind wir auf höhere Beiträge angewiesen. Die Mitgliedsbeiträge sind die finanzielle Basis unserer Arbeit.

Wir wissen, daß auch die Lebenshaltungskosten für unserer Mitglieder gestiegen sind. Sinkende Einkommen, die Zunahme von Armut und Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren unterstreichen ja gerade die Notwendigkeit, eine sozialistische Alternative zu den etablierten Parteien und der Marktwirtschaft aufzubauen.

Der Mitgliedsbeitrag für die SAV ist eine dafür notwendige Ausgabe und in diesem Sinne Teil der - steigenden - Lebenshaltungskosten. Aber er ist vor allem ein Beitrag im Kampf für eine lebenswerte Zukunft. Deshalb fordert der Bundesvorstand jedes Mitglied der SAV auf, seinem/ihren Beitrag zu erhöhen.

Bei dieser Gelegenheit sollte alle, die ihren Beitrag bisher

**Spenden an: VORAN, Postbank Essen, Kto nr.: 2500 59-430, BIZ 360 100 43**

**Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung über:**

DM  einmalig  monatlich  vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift \_\_\_\_\_  
 Kontonummer, BIZ \_\_\_\_\_  
 Ort, Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

## Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

### Berlin

OG Treptow-Köpenick: Mitwochs 19 Uhr, Alte Feuerwache, Grünauer Str. 9, Nähe S-Bahnhof Schönowerde  
 OG Prenzlberg: Montags 19 Uhr „Kiez-Club“, Jablonski-Str. 18a, S-Bahn Prenzlauer Allee  
 OG Wedding: Mitwochs 19 Uhr, Linkstreff Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz  
 Infos unter Tel.: (030) 4408429 im SAV-Büro

### Stuttgart

OG Mitte: Mitwochs, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9  
 OG Süd-West: Mitwochs 19.30 Uhr, Jugendhaus Heslach (Böblingen Str. 92)  
 Infos unter Tel.: (0711) 2238823 im SAV-Büro

### Aachen

OG Ost: Montags, 19.30 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233  
 OG Nord: Mitwochs, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Aalbertsteinweg 233  
 OG West: Mitwochs, 19 Uhr, Café WABE, Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1  
 Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro

### Frankfurt/Main

Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Heideplatz, Schleiermacherstr. 7  
 Infos unter Tel.: (069) 453275

### Bremerhaven

Montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64  
 Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro

### Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hasradter Ost-erdiech 230.  
 Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04

### Köln

Donnerstags, 19.30 Uhr, Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk Kapelle  
 Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04

### Freiburg

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

### Kassel

OG West: Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlaichhof, Mombacherstr. 12

### Rostock

Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 112a  
 Infos unter Tel. (0381) 499 65 90 im SAV-Büro

### Siegen

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

### Dresden

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

### Sonstige

Saarbrücken: (06 81) 81 55 67  
 Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504: Darmstadt, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Lübeck, München, Recklinghausen

**VORAN**  
 Impressum  
 Überregionale monatliche Monatszeitschrift - Erschienen seit 1973  
 Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
 Verantwortliche RedakteurIn: Angela Bankert  
 Escheringstr. 9, 50670 Köln  
 Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.  
 Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln  
 Telefon 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04 Fax 02 21 / 13 72 80  
 e-mail: SAVRUND@AOL.com  
 Bankverbindung: Postbank Essen (BIZ 360 100 43) Kto-Nr. 2500 59-430

**ABONNIERT VORAN!**

Name, Adresse, Telefon

zehn Ausgaben zu 25,- DM

zusätzlich  Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Förderabo, 10 Ausgaben zu      DM (ab 50,-)

# Kampagne der SAV Aachen Arbeit für alle

In Aachen sind 14.500 Menschen arbeitslos. Die rot-grüne Ratsmehrheit setzt die bürokratische Politik der Kohlregierung auf kommunaler Ebene fort: SPD und Grüne bauen jährlich 120 Stellen bei der Stadt ab. Öffentliche Dienstleistungen werden privatisiert, was zu Entlassungen in den privatisierten Unternehmen führt.

## Oliver Brunnhuber

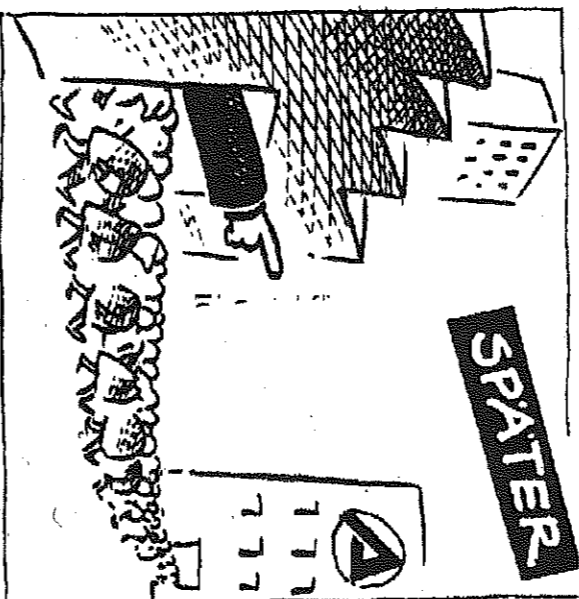
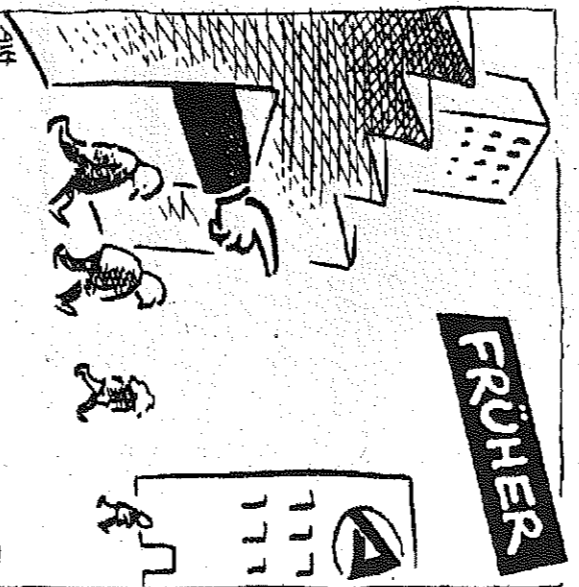
SPD und Grüne verschlechtern den Service für die Bevölkerung, verdrängen die Arbeit der noch beschäftigten KollegInnen und sind für die Arbeitslosigkeit in Aachen mitverantwortlich. Anstatt Arbeitsplätze zu schaffen, die der ganzen Aachener Bevölkerung dienlich sind, verschwendung sie 62 Millionen DM für eine Luxusbatterie. Anstatt Kindertagesstätten, LehrerInnen, SachbearbeiterInnen bei der Stadt usw. einzustellen, werden für Zinszahlungen an die Banken

mehr Gelder ausgegeben, als für Schulen und Kindergärten.

Die Kommunalpolitik und Landspolitk der SPD zeigt, daß von einer SPD-Regierung nicht mehr zu erwarten ist als von der Kohlregierung. Die *Sozialistische Alternative* tritt daher bei den Bundestagswahlen im September 1998 in Aachen mit ihrer Direktkandidatin Mirjam Alberti an. Um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu führen, setzt sich die *Sozialistische Alternative* für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei ein.

Durch Wahlen kann die Regierung geändert werden. Dies reicht nicht. Die ArbeiterInnenklasse braucht eine andere Politik. Deshalb ruft die *Sozialistische Alternative* alle auf, sich an der Kampagne gegen Arbeitslosigkeit

zu beteiligen. Wir fordern ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Verkehr, Bildung und Soziales von 300 Mrd. DM jährlich. So könnten in einem ersten Schritt 2 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz bekommen. Gemeinsam müssen wir die Privatisierung und den Stellenabbau im öffentlichen Dienst bekämpfen. Start dessen muß die 30. Std. Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich eingeführt werden, das Rentener alter muß auch 55 Jahre gesenkt werden. Unternehmen die Menschen arbeitslos machen, müssen ihre Geschäftstätigkeit offenlegen; wir wollen wissen, wohin die Profite gegangen sind. Wir müssen ein Verbot von Überbeisetzungen abnimmt und neue KollegInnen eingestellt werden können. Die Zinsleistungen von Bund, Ländern und Gemeinden an die Banken sind sofort einzustellen. ■



# Wahlkampf 1998 - SAV-Seminar Weg mit Kohl - eine neue Arbeiterpartei aufbauen!

## Themen:

**Frankreich: Mai 1968 und heute**

SAV-Bundesleitungsmitglied Kim Opgenoorth über die revolutionäre Streikwelle im Mai 1968 und die Kämpfe der französischen ArbeiterInnen seit November 1995

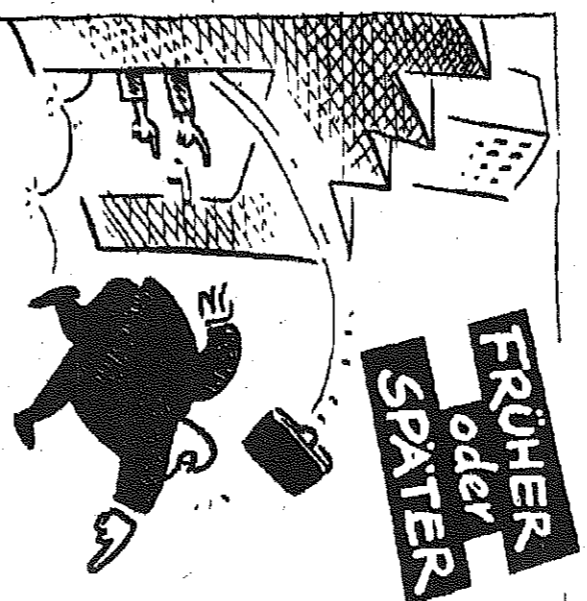
**Das Wahlprogramm der SAV**

Unsere Forderungen, sozialistisches Programm, Verhältnis zu anderen Parteien

**Wahlkampf und Parteiaufbau**

mit anschließenden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Bereichen

**16. und 17. Mai in Köln**  
Anmeldungen über die SAV-Ortsgruppen  
oder Bundeszentrale, Tel. 0221/134504



## Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers International).

Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität!

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse:  
CWI, PO Box 3688, London E9  
5OX, GB, Tel.: 0044/181/533 0201  
Fax: 0044/181/985 0757  
E-Mail: [info@fircon.co.uk](mailto:info@fircon.co.uk)  
Internet: <http://www.dojo.ie/cwi/cwi/en>

# Aymur Kurmanow endlich frei!

Nach einer monatelangen weltweiten Kampagne für ihre Freilassung wurden Aymur Kurmanow, Sergei Kolokolow und Vasil Nikolajew Ende Februar aus der Haft in Kasachstan entlassen. Aymur Kurmanow, Mitglied des Komitees für eine Arbeiterinternationale und seine beiden Mitarbeiter waren im September auf der Basis einer konstruierten Anklage wegen „Beleidigung des Präsidenten“, „Hoheitsgenuss“, „Verhöhnung der Jugend“ und anderer Anklagepunkten verhaftet worden. Alle drei sind Gewerkschafter und führende Mitglieder der kommunistischen Jugend. Sie wurden unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten. Aymur trat für mehrere Wochen in einen Hungerstreik.

Obwohl sogar der Chef der Geheimpolizei zugeben mußte, daß es sich um einen politischen Prozeß handelte, wurden die drei Angeklagten vom Gericht verurteilt, aber sofort auf Bewährung freigelassen. Diese Freilassung ist ein Erfolg der weltweiten Proteste. Die Regierung hat ihr Ziel, Aymur Kurmanow und seine Genossen aus dem Verkehr zu ziehen, nicht erreicht.

In einer Botschaft an ihre UnterstützerInnen freiden die Freigekommenen verurteilen: „Wieder einmal

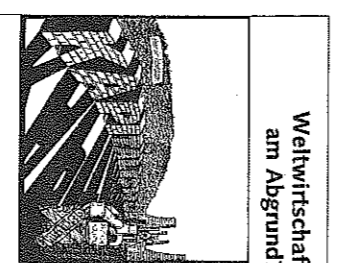
hat sich bewiesen, daß sich internationale Solidarität lohnt. Der Klassenkampf, der Kampf der Arbeiterklasse in Kasachstan wird weitergehen und wir und unsere Genossen werden alles tun, was in unserer Macht steht, um den Triumph und Sieg der Arbeiter und unterdrückten Völker zu sichern. Wir haben unsere Ansichten nicht geändert und unsere Entschlossenheit wurde durch unsere Erfahrungen (im Gefängnis) nur gestärkt. Lang lebe die proletarische Weltrevolution!“

Unterdessen geht die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Kasachstan weiter. Die Förderung der Freien Gewerkschaften soll innerhalb der nächsten sechs Monate verboten werden.

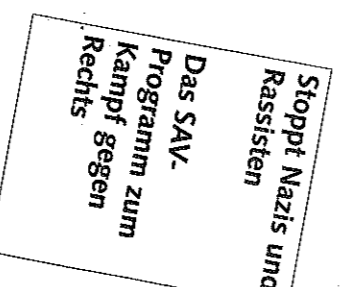
Protestbriefe sollen bitte geschrieben werden an:  
Präsident Nazarbajew, Republik Kasachstan, Akmola, Präsidialverwaltung.

Solidaritätsbriefe an die Gewerkschaftsföderation:  
487090 Republik Kasachstan, Kentan, ul. Akhmeta-Yaryyvi d 83, Nezarystimmu Proissoyuz Kasachstan, Nifitimu GA e-mail: [CFUK@msysstp.kstirahma-ata.su](mailto:CFUK@msysstp.kstirahma-ata.su)

## Neuerscheinungen



**Weltwirtschaft am Abgrund?**  
Erklärung des Komitees für eine Arbeiterinternationale zur Lage der Weltwirtschaft nach der Asienkrise. 20 Seiten, A5, 2,-DM



**Stopp Nazis und Rassisten**  
Das SAV-Programm zum Kampf gegen Rechts. 24 Seiten, A4, 3,-DM



**Frauen der Welt - Kampf für eine sozialistische Zukunft**  
Erklärung des Komitees für eine Arbeiterinternationale zum Internationalen Frauentag 1998. 16 Seiten, A5, 1,50 DM

**Bestellungen über die Bundeszentrale:**  
le:  
Bitte Preis der Broschüre + 1,50 DM Porto beilegen oder auf das Konto überweisen (Kontonummer siehe Seite 10 unter Spendenfonds)

# Kohl muß Weg - Was bringt die Schröderer-SPD?

Die bisherigen Landtags- und Kommunalwahlergebnisse haben gezeigt: die Anti-Kohl-Stimmung hat sich so verfestigt, daß es die SPD-Führung diesmal schwer haben dürfte, eine Ablösung noch zu vermasseln (obwohl man dies nie ganz ausschlie-

Doch die Schröder-SPD ist nicht mehr die Willy-SPD, weder im Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen noch auf den Zustand der Partei.

Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems hat sich seit den 70er Jahren enorm ver-

der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwickelte sich der politische Verfall der SPD:

20 Jahre Sparpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden, 16 Jahre halberzige Opposition zur Kohlregierung mit zahlrei-

chen, über den Bundesrat gemeinsam getragenen Projekten

## SPD der 90er

„Wir sind die SPD der 90er Jahre“ war ein Schlachtruf der Jusos in den 70ern. Das ist zum guten Teil eingetroffen. Aus der Parteilinken-Fraktion der 70er entwickelt sich über die Toskana-Fraktion der 80er die marktwirtschaftliche Modernisierer-Fraktion der 90er, ein Prozeß, der an der Person Gerhard Schröder (ehemals Jusobundesvorsitzender) exemplarisch deutlich wird.

NRW-Wirtschaftsminister und Rau-Nachfolger Clement frohlockt: „Das Bild der Sozialdemokratie hat sich verändert, weil aktive Wirtschaftspolitiker wie Schröder und ich jetzt eine wichtigere Rolle spielen.“ Und: „Das ist die neue, moderne, die NEW SPD.“ (Spiegel 13/98)

Diese Schicht gibt nun in der Partei den pro-marktwirtschaftlichen Ton an. Widerständen gegen diesen Kurs sind bereits ausgeschaltet.

So kann der Spiegel (11/98) erstaunt feststellen: „Die einst mächtigen SPD-Gremien sind zu bloßen Akklamationsveranstaltungen degradiert.“ (zu Zustimmungsvorstellungen herabgestuft). „Wie der Kandidat wurde auch das Regierungsprogramm vergangene Woche be-

## Kapitalismus in Rotgrün

### Gerhard Schröder: Das SPD-Wahlprogramm ist das „entschieden marktwirtschaftlichste Programm, das die SPD je vorgelegt hat.“

### Jürgen Trittin (Grünen-„Linker“): „Wenn man das Programm der Sozialdemokratie zuende denkt, landet man beim Programm der Grünen.“ (aus: Kölner Stadtanzeiger, 17.3.98)

Ben kann).  
Mit Macht und Medienspektakel drängen die SPD-Führungskräfte an die Regierungströge. Kanzlerkandidat Schröder vergleicht sich schon mit Willy Brandt und Helmut Schmidt gleichzeitig.  
**Angela Bankert, Köln**

schaft, was die Handlungs-spielräume traditioneller sozialdemokratischer Reformpolitik einengt. Will man heute etwas im Interesse der Masse der Bevölkerung durchsetzen, muß man sich direkt mit dem Kapital anlegen.  
Die SPD hat sich für Anpassung entschieden.  
Parallel zur Verschlechterung

wie Gesundheits- und Renten-„Reform“, Privatisierung, Asylrechtsänderung, usw.  
- all dies hat jegliche Ansätze einer Politik im Interesse der Arbeitnehmer begraben. Der Zusammenbruch des vermeintlichen Sozialismus 1989 hat den Resten sozialistischer Kräfte und Inhalte in der Partei den Garaus gemacht.



Schröder: Seite an Seite mit Siemens -Chef von Prier und dem ehemaligen Mercedes-Chef Helmut Werner.  
Er will ihre Interessen besser vertreten als Kohl



Umbau der SPD -Baracke in Bonn: Weg mit den alten sozialdemokratischen Idealen.

reits in den Medien vorgestellt, bevor die Parteispitze darüber beschlossen habe.“

Eine Parteilinke, die diesen Namen auch nur halbwegs verdient hätte, gibt es nicht mehr. Nach einer aufmüßige Partei-jugend hält man vergebens Ausschau. Die Jusos von heute erinnern eher an die „jungen Wilden“ in der CDU: sie nur-ten manchmal, beugen sich aber letztlich doch. Der Arbeitnehmerflügel Afa wird mehr und mehr zu einer Art Sozialausschüsse à la SPD: Vor Wahlen dürfen sie ein paar Forderungen zur wohlwollenden Prüfung an die Parteiloberen stellen, schließlich braucht man die Arbeiter als Wähler, aber dann müssen sie wieder in die Kiste.

## -US-Vorbild

Das bundesdeutsche Parteien-system nähert sich rapide dem US-System an: zwei große bürgerliche Parteien, direkt abhän-gig von Industrie und Sponsoren, von denen die eine etwas bessere Beziehungen zu Gewerkschaften unterhält; das Partei- und Vorwahlen und Wahlkampf als Personality-Show; die Inhalte werden von oben bestimmt, Parteitage dienen nur noch der Medien-In-szenierung.

Auch hierzulande vollzieht sich die Festlegung der Inhalte wie die Auswahl des Personals zunehmend unter Umgehung der Parteistrukturen. Die Kron-prinzen-Regelung einer Monarchie hat nach der CDU (Kohl bestimmt Schauble) auch die SPD ergreifen (Rau bestimmt Clemens). Nach dem Zwischenschritt der pseudodemokratischen Urwahl 1994 wurde in Niedersachsen eine Art Vorwahl nach US-Vorbild durchgezogen. Allerdings mit dem feinen Unterschied, daß der Gegenkandidat Lafontaine dabei gar nicht zur Wahl stand. Das hinderte aber nicht an der Behauptung, die niedersächsischen Wähler hätten sich für Schröder-als Kanzlerkandidaten und seine politische Linie entschieden. In Wahrheit haben sie sich vor allem gegen Kohl

entschieden. Und das monatelange Trommelfeuer in den Medien, nur mit Schröder habe die SPD eine Chance, zeigte Wirkung: Der Wunsch, die Kohlregierung loszuwerden, überwiegt alle inhaltlichen Bedenken, die auch viele SPD-Wähler und Anhänger beschleichen.

**Will man heute etwas im Interesse der Masse der Bevölkerung durchsetzen, muß man sich direkt mit dem Kapital anlegen.**  
**Die SPD hat sich für Anpassung entschieden.**

Doch auch mit Lafontaine als Kandidaten würde die Linie der neuen SPD und ihre zukünftige Regierungspolitik nicht viel anders aussehen. Die Politik der neuen SPD unterscheidet sich nur in Nuancen von der CDU: die immer gleichen Stichworte wie bei den anderen bürgerlichen Parteien werden recycelt: Innovation, Modernisierung, Verschlankung. Es geht nur noch darum, welche Partei am besten den „Standort Deutschland“ im Interesse des Kapitals firmachen kann.

„Wir wollen nicht nur eine andere Regierung, wir wollen auch eine andere Politik.“ greift Lafontaine die Stimmung vieler Wähler auf. Doch genau diese bietet die NEW SPD nicht an, denn sie ist kein Instrument zur Durchsetzung der Interessen von Arbeitnehmern, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten mehr.

Deswegen reicht es im Herbst nicht, Kohl abzuwählen. Wir müssen unsere Interessen selbst in die Hand nehmen und aktiv werden beim Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, wollen wir nicht bei der Fortsetzung Kohl'scher Politik in rotgrün stehenbleiben.